

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6 / 2015

VSA

Joachim Bischoff / Björn Radke / Axel Troost

Industrie der Zukunft?

**Wertschöpfung zwischen
De-Industrialisierung und vierter
industrieller Revolution**

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, *Björn Radke* Redakteur von *Sozialismus*, *Axel Troost*, MdB, ist finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und einer von fünf Vorstandssprechern des Instituts Solidarische Moderne (ISM).

Inhalt

Einleitung	1
Entwicklung der industriellen Wertschöpfung weltweit	3
Diversität in Europa: Trend zur De-Industrialisierung	10
Investitionsschwäche der EU	14
Globale Wertschöpfungsketten	18
Deutschlands Industrie: Nur ein mediales und mentales Comeback oder Stärkung der industriellen Wertschöpfung?	21
Umbau und Effektivität des Kapitalstocks	25
Krise der kapitalistischen Dienstleistungsgesellschaft	30
Stärkung der industriellen Wertschöpfung und die Rolle der Gewerkschaften	36
Der Juncker-Plan, eine ausreichende Investitionsoffensive?	40
Aufgabe: Stärkung der industriellen Wertschöpfung	43
Wirtschaftspolitische Weichenstellung in die richtige Richtung sind erforderlich	44
Europa neu begründen: Es gibt Alternativen zur Austerität	48
Ein Politik-Mix zur Überwindung der Krise	53
Gewerkschaften: Faktor bei der Durchsetzung von Alternativen	55
Ausblick	57
Weiterführende Literatur	62

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2015; ISSN 0721-1171

© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V.

Einzel Exemplare über den Buchhandel oder bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirhhof 6, 20099 Hamburg

Druck und Buchbindearbeiten: nettp rint, Hamburg

ISBN 978-3-89965-984-9

Joachim Bischoff / Björn Radke / Axel Troost

Industrie der Zukunft?

**Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung
und vierter industrieller Revolution**

Einleitung

Die deutsche Bundesregierung hat unter Federführung des Wirtschaftsministers und Vorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, zusammen mit Unternehmerverbänden, vertreten durch den BDI-Präsidenten Ulrich Grillo, und der IG Metall, vertreten durch deren 1. Vorsitzenden Detlef Wetzel, im November 2014 ein gesellschaftspolitisches Bündnis zur Erneuerung der Industrie verabredet. Nachdem das »Bündnis für Arbeit« lange Vergangenheit ist, taucht nun die Logik des korporatistischen Handelns in einem faktischen »Bündnis für Industrie« wieder auf, mit dem im Zusammenspiel von Sozialpartnern und Politik wettbewerbsfähige Unternehmen und gut bezahlte Arbeitsplätze erreicht werden sollen. In den 1970er Jahren hatte diese Strategie zunächst unter dem Stichwort »Modell Deutschland« Karriere gemacht, es folgte in den 1990er Jahren daran anknüpfend das bereits erwähnte »Bündnis für Arbeit«. Dieses ließ der SPD-Kanzler Gerhard Schröder im Jahr 2003 platzen und zog im Konflikt gegen die Gewerkschaften und selbst gegen Teile der eigenen Partei eine »Agenda 2010« durch.

Alles Vergangenheit: Nun gibt es ein neues Bündnis, das unter der Überschrift »Zukunft der Industrie«¹ auf den Weg gebracht wurde. In einer »Gemeinsamen Erklärung« der Beteiligten heißt es: »Der industrielle Sektor einschließlich der industrienahen Dienstleistungen ist Stabilitätsanker, Innovationskern und Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft. Hohe Wertschöpfung und dynamische Innovationen, qualifizierte und gesicherte Arbeit, stabile Sozialsysteme und Elastizität der öffentlichen Haushalte sind ganz wesentlich mit einer wettbewerbsfähigen Industrie verbunden... Im

¹ Aufruf Bündnis Zukunft der Industrie. November 2014; www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/buendnis-zukunft-der-industrie-gemeinsame-erklaerung,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf

letzten Jahrzehnt hat Deutschland jedoch ein im internationalen Vergleich recht schwaches Wachstum der Wirtschaft, der Produktivität und der Einkommen verzeichnet... An der Schwelle eines neuen Industriezeitalters, wo globale Wertschöpfungsanteile, Innovationsführerschaften und Produktionsstandorte neu umkämpft sind, braucht Deutschland eine »konzertierte Aktion«. Das Ziel: die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa sichern. Die Aufgabe: die umfassenden Herausforderungen systematisch und kooperativ angehen durch politische Initiative, durch unternehmerisches und gewerkschaftliches Engagement in einem Aktionsbündnis von Bundesregierung und Sozialpartnern.«²

Die Neuauflage eines korporatistischen Bündnisses von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts ist unter mehreren Aspekten bemerkenswert:

- Dieses Zusammenspiel ist mehr als ein gesellschaftspolitischer Dialog; angesichts einer deutlich verschärften Wettbewerbskonstellation unter den kapitalistischen Hauptländern kommt einer konkurrenzfähigen Industrie – und damit hochwertigen industriellen Arbeitsplätzen – eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand zu.
- Ziel des Bündnisses ist es, konkrete Handlungsempfehlungen zu den drängendsten aktuellen Themen zu entwickeln: Behauptung unter den Metropolen angesichts des Bedeutungszuwachses von globalen Wertschöpfungsketten und der sich abzeichnenden Konturen einer neuen Stufe der industriellen Revolution.
- Die Gewerkschaften wollen in diesem Umbruch als mitgestaltender Akteur auftreten und lassen sich von der gravierenden Niederlage im »Bündnis für Arbeit« nicht abschrecken. Dessen Ergebnis war in Gestalt der »Agenda 2010« eine umfassende Neujustierung aller sozialen Sicherungssysteme, die zwar der Bundesrepublik Deutschland den Übergang in eine ökonomisch-politische Hegemonialmachtrolle in Europa ermöglichte, zugleich aber unter dem Stichwort »Harz IV-Regime« eine schwerwiegende Niederlage im gesellschaftlichen Verteilungskonflikt einschloss und eine nachhaltige Beschädigung der sozialdemokratischen Partei auslöste.
- Die Neuauflage eines Bündnisses, dessen asymmetrische Machtverteilung erneut die Gefahr einer strukturellen Niederlage der Gewerkschaftsbewegung einschließt, verweist trotz aller Schönrednerei auf eine noch immer bestehende und eher gewachsene Gefährdungslage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Erneut oder nach wie vor haben viele BürgerInnen Sorge und Zweifel, ob die Politik überhaupt noch genügend Einfluss hat,

² Ebd.

ob sie genügend Gestaltungskraft hat und ob die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert überhaupt noch Erfolg haben kann. Erneut steht hinter dem Bündnis »Zukunft der Industrie« die Frage nach dem sozialen Kompromiss. Im Bündnis soll erneut eine Diskussion darüber geführt werden, wie die sozialen Sicherungssysteme unter den Veränderungen der Globalisierung und der Demografie in Deutschland zukünftig ausgestaltet werden sollen.

Während Unternehmen und Staat die Offensive für industrielle Investitionen und für eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit des Nationalkapitals vor Augen haben, will die Industriegewerkschaft Metall nicht in eine Defensivposition abgedrängt werden. Der Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, formulierte es so: »Die deutschen Industriegewerkschaften engagieren sich für ein Bündnis ›Zukunft der Industrie‹. Es geht darum, die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Dafür müssen sich die Bündnispartner auf jene Themen konzentrieren, bei denen sie inhaltlich übereinstimmen. Wenn wir uns auf klare Spielregeln und Strukturen verständigen und alles vermeiden, was zu einer Politik der wechselseitigen Überforderung führt, werden wir gemeinsam erfolgreich sein.«³

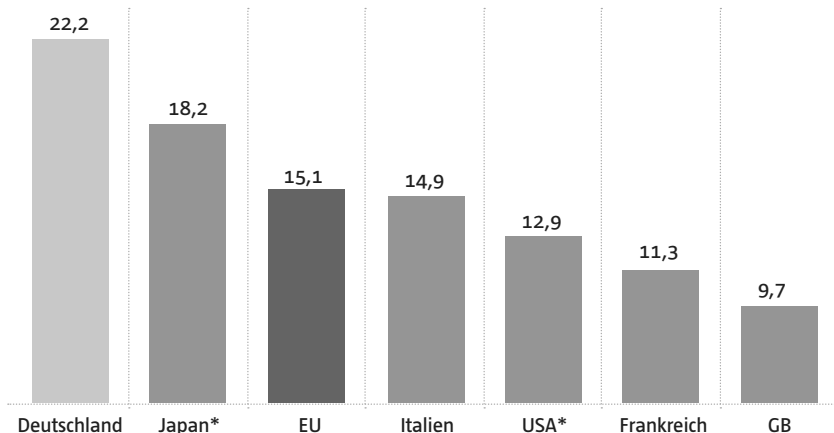
Die Frage, ob ein gemeinsamer Erfolg möglich ist und diesmal für die Lohnabhängigen und ihre Interessenvertretungen ohne gravierende weitere Nachteile in der Einkommensverteilung realisiert werden kann, lassen wir vorerst einmal offen und kommen später darauf zurück. Richtig ist, dass sowohl für Stabilisierung des Arbeitsplatzangebotes wie für die Frage, welche Spielräume für gewerkschaftliche Politik existieren, die Situation der industriellen Strukturen des Landes ein gewichtiger Faktor ist, weshalb die Betrachtung von »Deutschlands Industrielandschaft«, ihrer Entwicklung und ihrer Beziehung zur Globalökonomie für die Beantwortung dieser Frage ein besonderes Gewicht hat. Wie stellt sich die Situation der Industrie im Zusammenhang der internationalen Wertschöpfungsprozesse und hierzulande dar?

Entwicklung der industriellen Wertschöpfung weltweit

Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in fast allen Ländern gesunken. Die einzige Ausnahme ist Deutschland, wo er etwa konstant blieb (im Jahr 2013 bei 22,2%). Die Bundesrepublik erwirtschaftet mit rund einem Drittel der industriellen Wertschöpfung den Löwen-

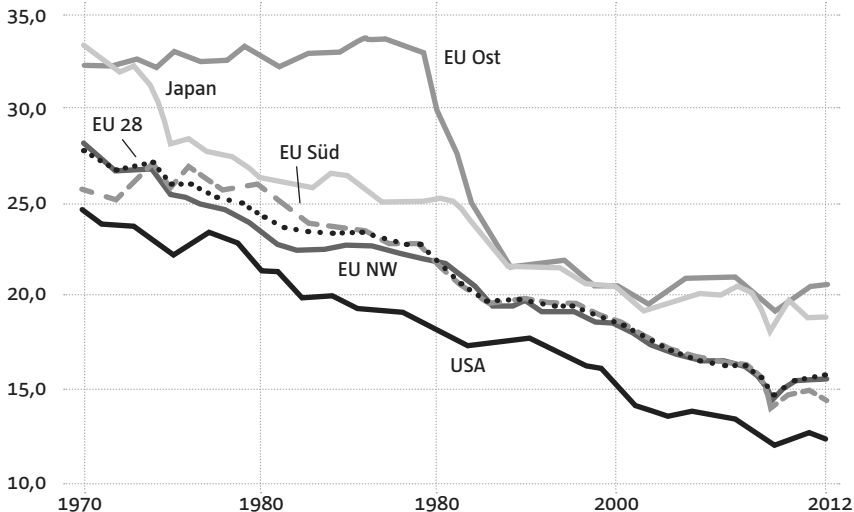
³ Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, Bundesminister Gabriel und IG Metall vom 3.3.2015

Abb. 1: Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung in %



Quelle: OECD; * 2013 geschätzt

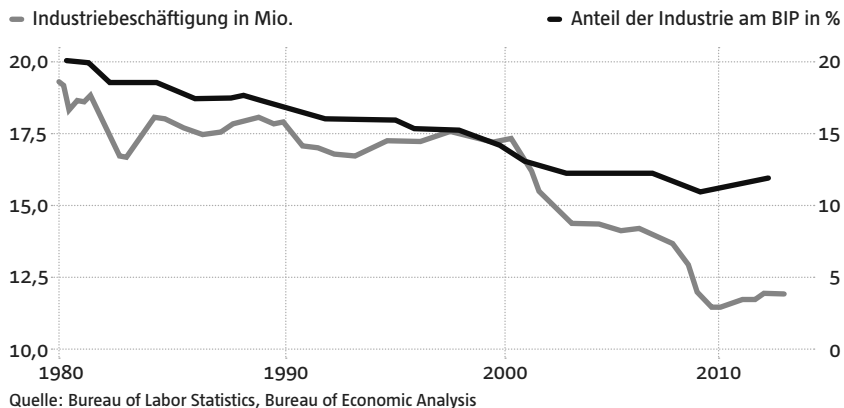
Abb. 2: Wertschöpfungsanteile der Industrie von 1972 bis 2012



EU 28: Aggregat, aber ohne LUX, CYP, MLT; EU NW: AUT, BEL, GER, DEN, FIN, FRA, GBR, IRE, NDL, SWE; EU Ost: BGR, CZE, EST, HUN, LTU, LVA, POL, ROM, SVN, SVK; EU Süd: HRV, ESP, GRC, PRT, ITA.

anteil der EU (zusammen 15,1%). International folgen Japan (18,2%) und mit größerem Abstand Italien mit einem Beitrag von 14,8%, die USA mit 12,9%, Frankreich mit 11,3% und Großbritannien mit 9,7% und Spanien mit 7%. Die Heterogenität allein in der EU ist enorm (siehe Abb. 1).

Abb. 3: Bedeutung der Industrie in den USA



Dieser Prozess des Rückgangs der industriellen Wertschöpfung ist kein spezifisch europäisches Problem. Die Entwicklung verläuft in den USA, Japan oder zahlreichen Schwellenländern ganz ähnlich (siehe Abb. 2).

Überraschend ist, dass in jüngster Zeit der Prozess der De-Industrialisierung in den USA gestoppt scheint. Der Anteil des produzierenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt (BIP), der jahrzehntelang fast durchgängig geschrumpft war, stieg seit 2010 erstmals wieder mehrere Jahre in Folge auf 11,9% im Jahr 2012 an (siehe Abb. 3). Auch die reale (also inflationsbereinigte) Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes nahm wieder deutlich zu. Sie lag im Vorkrisenjahr 2007 noch bei 1,69 Billionen US-Dollar, sank während der Krise auf 1,45 Billionen (2009) und erreichte im Jahr 2012 wiederum 1,68 Billionen US-Dollar. Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

Niedrige Energiepreise, niedrige Löhne, eine wachsende Bevölkerung, eine moderne Infrastruktur und ein umfassendes IT-Know-how zählen zu den Schlüsselfaktoren für den Wiederaufstieg der Industrie in den Vereinigten Staaten. Binnen weniger Jahre erschloss sich das Land mit Fracking enorme Energiereserven. Der Aufbau einer konkurrenzfähigen Industrie in den USA bedeutet einen Paradigmenwechsel im globalen Standortwettbewerb: Die einseitige Verlagerung von Produktionskapazitäten in die Schwellen- und Niedriglohnländer hat ihren Höhepunkt überschritten (siehe auch den Abschnitt »Globale Wertschöpfungsketten« S. 18f.).

Die These einer Re-Industrialisierung in den USA stützt sich darauf, dass die Lohnstückkosten in den USA heute zu den niedrigsten in den Industrieländern zählen. Zudem können die Unternehmen auf billige Energie zurück-

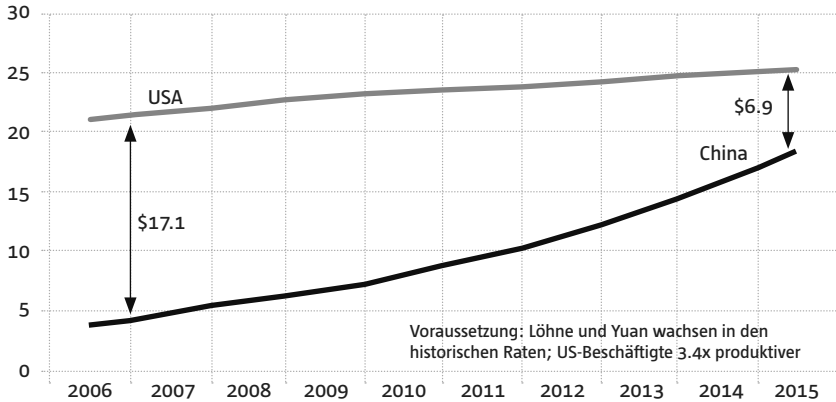
greifen. Beide Faktoren verlocken Unternehmen, das Offshoring rückgängig zu machen und die Produktion zurück ins »Kernland« zu verlagern. Als Ergebnis der Trends auf dem Arbeitsmarkt und bei den Energiepreisen zeigen die Indikatoren für die Industrieproduktion eine deutliche Erholung nach der Konjunkturabflachung Anfang 2013.

Immer mehr Produktionsstätten werden vom Ausland in die USA zurückverlagert. Die Unternehmen haben 2014 Investitionen in Höhe von ca. \$ 500 Mrd. in den USA getätigt. Eines der sichtbarsten Beispiele dafür war die Entscheidung Apples, ein neues Werk statt in China in Arizona anzusiedeln. Und es gibt weitere Hinweise auf diese Entwicklung. Eine ausführliche Studie zu dem Thema wurde durch die Boston Consulting Group (BCG) erstellt. BCG hat eine Umfrage unter 200 in den USA angesiedelten Unternehmensleitern mit dem Ergebnis durchgeführt, dass 54% von ihnen entweder die Rückholung von Jobs in die USA planen oder dies ernsthaft erwägen (im Februar 2012 sagten dies nur 37%). 21% gaben an, dass sie es bereits täten oder in den nächsten Jahren tun würden – mehr als zweimal so viele wie in der früheren Umfrage. Die meistzitierten Gründe für diese Meinungsänderung sind die Lohnstückkosten und die Verfügbarkeit von Fachwissen, die Nähe zu den Kunden und die Effizienz der Lieferketten. Es scheint ganz klar: Die Re-Industrialisierung der USA hält mindestens den Trend des Niedergangs auf.

Ein Faktor ist der sich verringernde Abstand des effektiven Lohnunterschieds im Vergleich zu China (siehe Abb. 4). Deshalb lohnt auch ein Blick auf die industrielle Entwicklung dieses Landes. Beobachter der chinesischen Wirtschaftsentwicklung sind nicht nur beeindruckt von der Geschwindigkeit, mit der sich die lange Zeit abgeschlossene Ökonomie zur Werkstätte der Welt entwickelt hat. Sie sind auch überrascht über die Fähigkeit der Chinesen, die Zeiträume, innerhalb deren die Schritte zur industriellen Modernisierung vollzogen werden, zu komprimieren. Fortschritte, die im Westen jeweils mehrere Generationen beansprucht hatten, werden von China in knapp einer Generation erzielt. Ausländische Direktinvestitionen und eine von ausländischen Unternehmern aufgebaute Exportindustrie sind die Grundlage des chinesischen Wirtschaftswunders.

Dass die Lohnkosten in China viel günstiger sind als im Westen, ist allgemein bekannt und auch Grund zu protektionistischen Klagen über Lohndumping. Weniger weit herumgesprochen hat sich die Fähigkeit chinesischer ArbeiterInnen, unter sachkundiger und strikter Führung global wettbewerbsfähige Qualitätsarbeit zu leisten. Zwar gibt es noch etliche Bereiche der höheren Berufsausbildung, in denen China hinter den kapitalistischen Hauptländern hinterherhinkt, doch in wichtigen Sektoren ist die Rückständigkeit,

Abb. 4: Effektiver Lohnunterschied USA vs. China



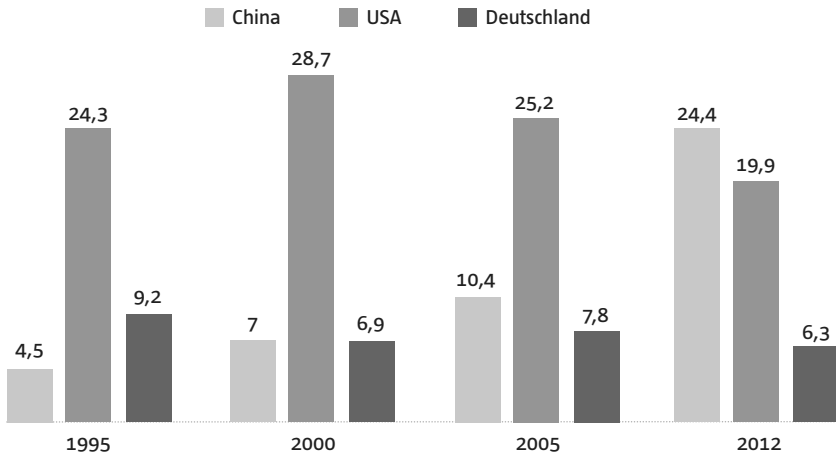
Quelle: Chin. Min. of Labor; Federal Reserve

die sich China während und in der Folge der »Kulturrevolution« selbst verordnet hatte, endgültig überwunden worden. China befindet sich auf demselben Pfad, den zuvor andere ostasiatische Volkswirtschaften, insbesondere Japan und Südkorea, eingeschlagen haben.

Vor allem drei Faktoren stehen hinter dieser Entwicklung. Zum Ersten verlagert sich die Kooperation mit ausländischen Unternehmen in China immer rascher von staatlichen oder unter staatlicher Aufsicht befindlichen Firmen auf den privaten Sektor. Zum Zweiten wächst die Zahl der festlandchinesischen Unternehmen, die dank solider Erträge ein so bedeutendes Reservepolster angesammelt haben, dass sie sich ernsthaft in der Forschung und Entwicklung engagieren können. Zum Dritten verfügt China auch bei ForscherInnen und TechnikerInnen über ein Reservoir an Talenten, die ihre Ausbildung im Ausland genossen und den Weg zurück in die Heimat genommen haben. Dieser Trend erinnert an die Entwicklung in Indien. Wer in den westlichen Industrienationen darauf vertraut hat, dass »Made in China« auf alle Zeiten hinaus allein für billigste Massengüter stehen würde, tut gut daran, an Japan zu denken.

Die Industrieproduktion ist in der letzten Dekade trotz der Verwerfungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise insgesamt deutlich gestiegen. Die weltweite nominale Bruttowertschöpfung – gemessen in laufenden US-Dollar – im Verarbeitenden Gewerbe nahm zwischen 2000 und 2009 um mehr als 50% zu. Die reale Wertschöpfung stieg um mehr als 20%. Das weltwirtschaftliche Wertschöpfungsvolumen der Industrie wird mit dem Eintritt und

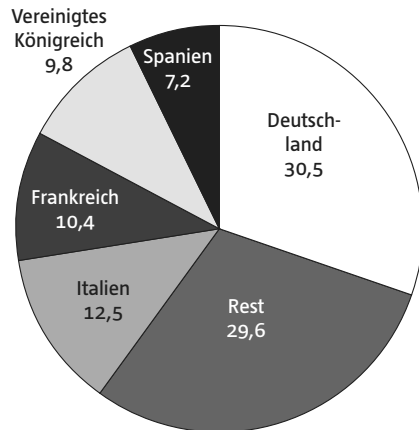
Abb. 5: Anteile an der weltweiten Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (in %)



Wachstum der Schwellenländer größer. Zugleich verschieben sich jedoch die Gewichte.

Lange Zeit dominierte die US-Industrie im 20. Jahrhundert die globale Wertschöpfung. Seit der Jahrtausendwende hat sich die VR China Jahr für Jahr einen höheren Anteil an der globalen industriellen Wertschöpfung erkämpft. Chinas Anteil an der weltweiten industriellen Wertschöpfung wuchs zwischen 1995 und 2012 von 4,5 auf 24,4% und ließ zuletzt die USA hinter sich (siehe Abb. 5). Die auffälligste Tendenz ist der Bedeutungsgewinn der chinesischen Industrie. Sie konnte ihre reale Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von 2000 bis 2009 mehr als verdoppeln. Der Anteil der Hochtechnologiegüter stieg von 6% Anfang der 1990er Jahre auf inzwischen über 25%. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Anteil an den globalen Exporten auf 17,5%, 1980 lag er noch bei unter 1% (siehe Tab. 1).

Abb. 6: Anteil einzelner Länder an der industriellen BWS in der EU 2012 in %



Quelle: Eurostat

Tab. 1: Prozent der globalen Exporte 1980 bis 2013

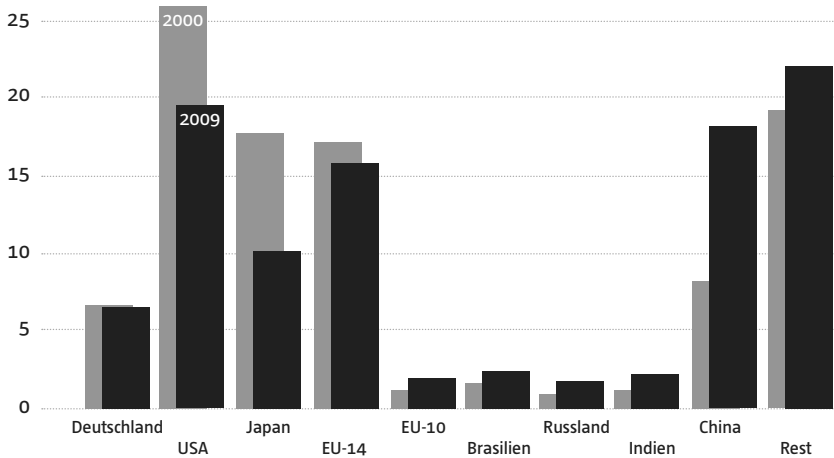
	1980	1990	2000	2013
Landwirtschaftliche Produkte				
China	1,5	2,4	3,0	4,0
Extra-EU			10,0	10,0
USA	17,0	14,3	13,0	10,1
Verarbeitendes Gewerbe				
China	0,8	1,9	4,7	17,5
Extra-EU			14,1	15,0
USA	13,0	12,1	13,8	9,5
Automobilsektor				
China	0,0	0,1	0,3	3,4
Extra-EU			12,2	18,7
USA	11,9	10,2	11,7	10,0

Quelle: WTO, International Trade Statistics 2014

Eine gegensätzliche Entwicklung zeigt sich bei den meisten etablierten Industrienationen. Besonders deutlich waren dabei die Anteilsverluste der USA und Japans. Wurden im Jahr 2000 noch etwa ein Viertel bzw. fast ein Fünftel der nominalen globalen industriellen Wertschöpfung in den USA und Japan erzeugt, sanken diese Werte bis ins Jahr 2009 auf knapp 20% (USA) und etwa 10% (Japan). In den USA hat allerdings die Wertschöpfung sowohl real als auch nominal immer noch leicht zugenommen, wohingegen sie in Japan sowohl real als auch nominal zurückgegangen ist. Anteile an der globalen industriellen Wertschöpfung verloren auch die meisten Länder Westeuropas, vor allem traditionelle Industrienationen wie Frankreich und Großbritannien. Die Anteilsverluste sind allerdings im Vergleich zu den USA und Japan gering (siehe Abb. 7 auf S. 10).

Deutschland konnte seinen Anteil in etwa halten und in den letzten Jahren leicht ausbauen. Wesentlicher Faktor der langfristigen strukturellen Wettbewerbsstärke der deutschen Industrie ist ihre starke Spezialisierung auf forschungsintensive Industrien wie die Elektrotechnik, den Maschinenbau, die Chemie und den Fahrzeugbau. In absoluten Zahlen konnte die deutsche Industrie ihre Wertschöpfung in dem Zeitraum 1995 bis 2012 um 37% steigern, bis Ende 2013 waren es nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes sogar 45% Plus auf rund 561 Milliarden Euro.

Abb. 7: Anteil an der Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes der Welt

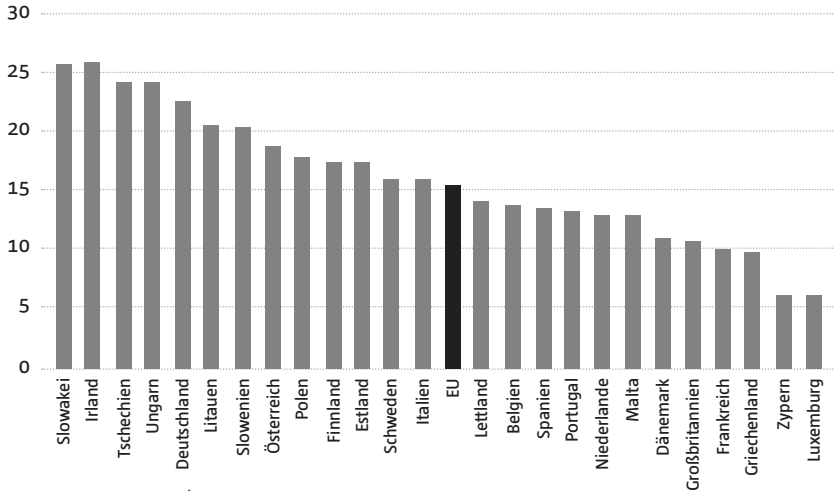


Quelle: DIW 2012

Diversität in Europa: Trend zur De-Industrialisierung

Die EU-Kommission schlägt industriepolitischen Alarm: Die Industrieproduktion in der EU liege 10% unter dem Vorkrisenniveau, über 3 Mio. Arbeitsplätze seien verloren gegangen und der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei auf zuletzt 15,6% (2011) gesunken. Dieser Trend müsse umgekehrt werden, um nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Ziel sei es, den Anteil des Sektors am BIP bis 2020 wieder auf 20% zu erhöhen, erklärt der EU-Industriekommissar Antonio Tajani. Hinter dem EU-weiten Durchschnitt verbergen sich wie immer große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: Beim Anteil der Industrie am BIP reicht das Spektrum von gut 5% in Luxemburg und Zypern bis zu gut 25% in der Slowakei und Irland (vgl. Abb. 8). Nach unten gedrückt wird der Durchschnitt dadurch, dass von den fünf größten Volkswirtschaften drei, nämlich Frankreich, Großbritannien und Spanien, einen Industrieanteil von weniger als 15% aufweisen. Ein Bericht über die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zeigt auf, dass der Anteil der Industrie am BIP allein wenig aussagt: Unter den Staaten mit Anteilen von über 20% sind mit Deutschland und Irland zwar zwei Länder, die zur Spitzengruppe mit technologisch fortgeschrittenen Unternehmen zählen, aber mit der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Litauen auch solche aus der wenig wettbewerbsfähigen Schlussgruppe.

Abb. 8: Anteil der Industrie am BIP 2011



Quelle: EU-Kommission/Eurostat

Das Kernproblem: Einerseits ist der Rückgang der industriellen Wertschöpfung unaufhaltsam und letztlich nur Ausdruck wachsender Produktivität; andererseits ist dieser Rückgang schon unter den europäischen Ländern höchst unterschiedlich ausgeprägt; und schließlich ist das Schrumpfen der industriellen Wertschöpfung mit wachsender Ungleichheit in den Verteilungsverhältnissen verbunden.

Die EU-Kommission will Europa wieder stärker zum Kontinent der Industrie machen. »Die Kommission erwartet, die schrumpfende Rolle der Industrie umzukehren«, heißt es im industriepolitischen Konzept der EU. »Europa muss sich für das 21. Jahrhundert reindustrialisieren«, denn eine »starke industrielle Basis ist entscheidend für ein wohlhabendes und wirtschaftlich erfolgreiches Europa«. Der EU-Plan sieht vier »Pfeiler« vor, um »die Attraktivität Europas als Produktionsstandort wiederherzustellen«: Verstärkte Investitionen in Fabriken sowie in Forschung und Entwicklung und einen Ausbau des Binnenmarktes und »die Öffnung internationaler Märkte«. Drittens soll Unternehmen – gerade kleinen und mittleren – der »Zugang zu internationalen Märkten geöffnet werden«, durch neue Handelsabkommen. Zuletzt will die Kommission sich um Aus- und Fortbildung kümmern und darum, Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften besser abzugleichen.

Das Ziel, den Anteil der Industrie auch in Europa bis 2020 wieder auf 20% zu steigern, ist ehrgeizig und die Realisierung bislang nicht absehbar. Zu Be-

ginn des neuen Jahrtausends hatte der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung noch bei 18,5% gelegen. Der niedrigste Wert wurde im Rezessionsjahr 2009 mit 14,8% erreicht. Zwar erholte sich der Anteil leicht – aber ein Trend wurde daraus nicht. Eine Bestandsaufnahme der EU-Kommission macht deutlich, dass vor allem Europas kleine und mittelständische Industrieunternehmen mit einer nach wie vor schwierigen Kreditversorgung, einem wachsenden Mangel an gut qualifizierten Fachkräften und hohen Energiekosten kämpfen. »Verbesserungen bei der Energieeffizienz haben den negativen Effekt steigender Energiepreise nicht kompensieren können«, stellt die Kommission fest. Außerdem müssten viele EU-Staaten dringend administrative Hürden bei der Neugründung von Unternehmen senken und Forschung und Entwicklung vorantreiben.

Die industrielle Leistungsfähigkeit bleibt in der EU höchst unterschiedlich. Deutschland, Dänemark, Irland und die Niederlande liegen bei der Wettbewerbsfähigkeit vorn. Darauf ausruhen können sie sich nicht. Auf hohem Niveau stagnierend und vom Abstieg bedroht sieht die Kommission Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, Luxemburg, Schweden und Finnland. Ganz schwierig ist die Situation in den Ländern Südeuropas.

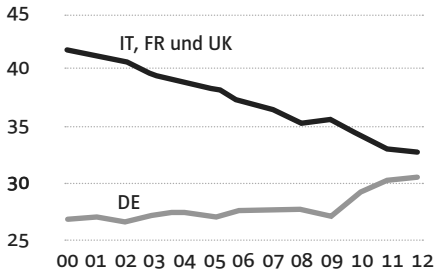
Nur in fünf Ländern ist der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung seit 2007 gestiegen: in Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Litauen und der Slowakei. Allerdings reichte auch das beeindruckende Wachstum der deutschen Industrie nach der Großen Krise bei der Beschäftigung nicht einmal für eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau des Jahres 2008.

Was dies für politische Verwerfungen hervorrufen kann, soll am Beispiel Frankreichs illustriert werden.⁴ Das Bild, das der ehemalige EADS-Chef Louis Gallois im November 2012 von der französischen Wirtschaft zeichnete, ist besorgniserregend. Der einstige Top-Manager übergab Premierminister Jean-Marc Ayrault einen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit, den der Premier selbst bei Gallois in Auftrag gegeben hatte. Der Anteil der französischen Industrie an der Wertschöpfung ist von 18% im Jahr 2000 auf 12,5% im Jahr 2011 gefallen. Der Marktanteil französischer Exporte sank im gleichen Zeitraum von 12,7 auf 9,3%, und die Außenhandelsbilanz kippte von einem Überschuss in Höhe von 25 Milliarden im Jahr 2002 auf ein Defizit in Höhe von 25 Milliarden im Jahr 2012.

⁴ Frankreichs Wirtschaft muss nach Einschätzung des IWF dringend wettbewerbsfähiger werden. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des Landes sei »die größte Herausforderung« für gesamtwirtschaftliche Stabilität, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, heißt es in dem IWF-Bericht vom November 2012.

Abb. 9: Italien, Frankreich und UK verlieren an Bedeutung

Anteile an gesamter industrieller BWD der EU in %



Quelle: Eurostat

Zentraler Vorschlag im Bericht von Gallois ist der so genannte Wettbewerbsfähigkeitsschock. Mit einer Schocktherapie soll der französischen Wirtschaft das Vertrauen in die eigenen Kräfte zurückgegeben und die Wettbewerbsfähigkeit objektiv verbessert werden. Dazu fordert Gallois eine Senkung der Lohnnebenkosten für die Unternehmen in Höhe von 20 Milliarden Euro sowie eine zusätzliche Reduzierung der Sozialabgaben für die Bezieher niedriger Einkommen in

Höhe von zehn Milliarden Euro. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und eine Anhebung der so genannten allgemeinen Sozialabgabe (CSG).

Gallois geht es jedoch nicht allein um die Senkung der Arbeitskosten, er fordert zugleich einen patriotischen Kraftakt von sämtlichen Sozialpartnern: »Ich glaube, wir brauchen eine wirkliche Mobilisierung und, ich scheue mich nicht, dies zu sagen, echten Patriotismus. Frankreich muss auf solidarische Weise arbeiten und sich für den Aufschwung engagieren.« Damit die französische Wirtschaft aus dem Tal wieder herauskommt, fordert der Gallois-Bericht neben Maßnahmen zur Kostensenkung diverse Investitionserleichterungen sowie Planungssicherheit für Unternehmen. In fünf wesentlichen Bereichen solle die Regierung während der fünfjährigen Legislaturperiode möglichst auf Gesetzesänderungen verzichten: bei der Möglichkeit, Steuerrückstellungen für Rechercheinvestitionen zu bilden, bei der Gesetzgebung für die Nachfolgeregelungen und Veräußerung von Unternehmen, den Gewerbesteuern, den Steuervergünstigungen für junge Unternehmen und bei den Investitionshilfen für den Mittelstand. Mit Blick auf die Industrie verlangt Gallois, staatliche Unterstützungen für Großunternehmen künftig davon abhängig zu machen, inwieweit diese Unternehmen bereit sind, Zulieferer und Sub-Unternehmer einzubinden. Zudem sollen neue Technologien und Energiereserven optimaler genutzt werden.

Investitionsschwäche der EU

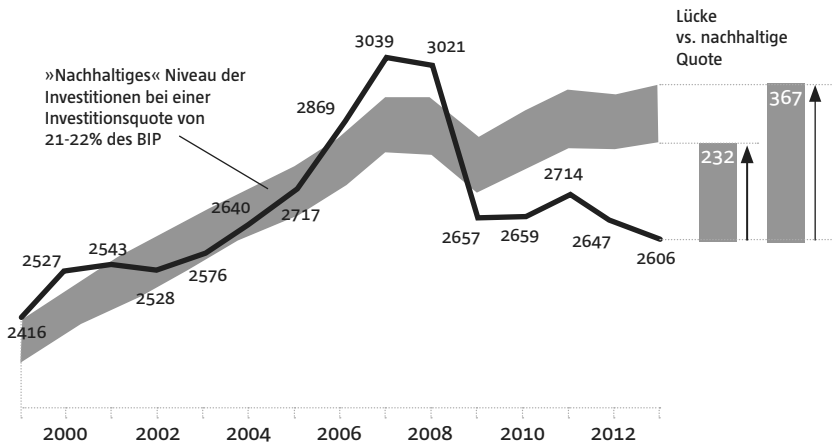
Seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise leidet die EU unter einer Investitionsschwäche (siehe Abb. 10). Daher müssen auf europäischer Ebene kollektive und koordinierte Maßnahmen ergriffen werden, mit denen eine Umkehr dieses rückläufigen Trends bewirkt und der Weg für eine wirtschaftliche Erholung in Europa geebnet wird. Das Investitionsvolumen von 2013 entsprach 19,3% des BIP und lag damit um rund 2 Prozentpunkte unter dem längerfristigen Durchschnitt (ohne Boom- und Bust-Jahre). Die aktuelle Investitionstätigkeit in der EU liegt folglich um 230 bis 370 Mrd. Euro unter der historischen Norm.

Ein koordinierter Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in Europa wäre durchaus notwendig und sinnvoll und könnte zu einer Stabilisierung und einem schrittweisen Rückgang der industriellen Wertschöpfung beitragen. Denn angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, der Absenkung des Lebensstandards und der bedrückenden Zukunftsaussichten der südlichen Länder muss eine große Anstrengung der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Weg gebracht werden (wir kommen weiter unten noch darauf zurück). Nach wie vor konzentrieren sich die Hilfsprogramme auf die Sanierung der Banken und die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, während die Realwirtschaft durch Austeritätsmaßnahmen auf ein höheres Niveau der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit angehoben werden soll.

Die vollständige Unangemessenheit der Unterstützungsmaßnahmen wird deutlich, wenn man sich die Ausgabendimension klarmacht: Der Gesamtumfang an Beihilfen, den die EU-Kommission für die Finanzbranche grundsätzlich genehmigt und freigegeben hatte, ist enorm: Er beläuft sich 2008 bis 1. Oktober 2012 auf 5,06 Billionen Euro – das sind fast 40% des EU-Bruttoinlandsproduktes. Die Finanzinstitute Europas haben wegen der Krise bisher insgesamt 1,616 Billionen Euro in Anspruch genommen. Der Wert entspricht 13% der EU-Wirtschaftsleistung. Zwei Drittel der Bankenhilfen wurden demnach in Form von staatlichen Garantien für Kredite der Banken untereinander gewährt. Neben den Liquiditätsmaßnahmen – die 1,174 Milliarden Euro ausmachten – entfiel der Rest auf die Stützung der Solvenz, Rekapitalisierung und die Entlastung wertgeminderter Vermögenswerte.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die Mittel für die Realökonomie (Industrie und Dienstleistungen). Die staatliche Unterstützung für die Realwirtschaft infolge der Krise ging laut EU-Kommission 2011 gegenüber 2010 um mehr als die Hälfte zurück und machte 4,8 Milliarden Euro aus. Das zeige eine geringere Inanspruchnahme und die Sparzwänge der EU-Staaten. Die Gesamtaufwendungen für staatliche Beihilfen in der Europäischen Union für

Abb. 10: Reale Bruttoanlageinvestitionen EU-28 (Preise von 2013, Mrd. €)



Strukturreformen sanken 2011 weiter auf 64,3 Mrd. EUR bzw. 0,5% des EU-BIP. Wenngleich die Mitgliedstaaten allgemein ihre Bemühungen zur Verringerung des Beihilfeniveaus fortsetzten, ist ein erheblicher Teil des Rückgangs mutmaßlich auf die schwierigere Haushaltslage in vielen Mitgliedstaaten zurückzuführen. Mit diesem Rückgang der Aufwendungen für staatliche Beihilfen setzte sich der allgemeine Trend aus dem Zeitraum 2006-2011 fort. Der seit 2006 zu beobachtende Aufwärtstrend bei freigestellten Beihilfen setzte sich fort; sie machen nunmehr etwa 32,5% der Gesamtaufwendungen für den Sekundär- und den Dienstleistungssektor aus. Der Sonderfonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von 6 Milliarden Euro ist unter diesem Blickwinkel völlig unzureichend.

Betrachtet man die aktuellen Entwicklungstrends, so ist eindeutig, dass die Länder der Eurozone in ihrem Lebensstandard auseinanderstreben: In Griechenland, Portugal und Spanien setzt sich die Divergenz in raschem Tempo fort, die massive Verschlechterung des Wohlstands der Bevölkerung konnte bis in die Gegenwart nicht aufgehalten werden. Soweit nicht mit einem Politikwechsel das Ruder herumgerissen wird, kann im überschaubaren Zeitraum mit keiner grundlegenden Änderung des Konvergenzprozesses gerechnet werden. Somit wird man sich auf ein Fortbestehen oder auch eine Verstärkung der Unterschiede zwischen den nationalen Ökonomien in den nächsten Jahren einstellen müssen. Damit erhöht sich die Gefahr von politischen Brüchen.

Tab. 2: Konvergenz in den Krisen-Staaten 2013 und 2014⁵

	2013			2014		
	Bevölkerungs-wachstum	BIP-Wachstum*	Gesamteffekt	Bevölkerungs-wachstum	BIP-Wachstum*	Gesamteffekt
Griechenland	0,20	-4,8	-4,2	0,17	-1,2	-2,2
Irland	1,04	1,0	0,8	1,00	1,9	0,1
Italien	0,05	-1,8	-1,0	0,02	0,4	-0,4
Portugal	-0,06	-2,7	-1,8	-0,09	0,2	-0,5
Spanien	0,28	-1,7	-1,2	0,25	0,4	-0,6
EU-15	0,35	-0,005	–	0,34	1,4	–

* Reales BIP.

Ein negativer Wert des Gesamteffekts in den Spalten vier und sieben der Tabelle bedeutet, dass das BIP/Kopf des jeweiligen Landes langsamer wächst als der EU-Durchschnitt. Bei einem Ausgangsniveau des BIP/Kopf unterhalb des EU-Durchschnitts indiziert dies eine Divergenz. Eine positive Zahl zeigt überdurchschnittliches Wachstum an. Quellen: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

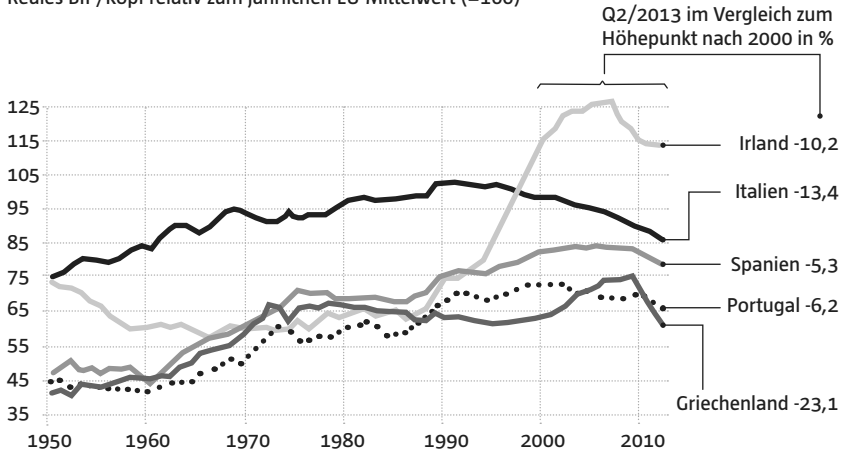
Schon an diesem Punkt drängen sich für die forcierten politischen Anstrengungen zur Stärkung der industriellen Wertschöpfung in Europa und in Deutschland folgende Bemerkungen auf:

- Im Wesentlichen konnte sich die Bundesrepublik Deutschland dem Trend zur »De-Industrialisierung« entziehen. In Europa haben die meisten Mitgliedsländer einen Niedergang in den Anteilen bei der industriellen Wertschöpfung hinnehmen müssen. Die seit der Bildung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion existierende Disparität ist durch die »europäische Kohäsions- und Strukturpolitik« nur unwesentlich zurückgedrängt worden. Infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Zerstörungspotenziale dieser Zentrifugalkräfte deutlich verschärft.
- Die zentrale realwirtschaftliche Ursache der Eurokrise liegt in der ungleichen Entwicklung der Handels- und Kapitalströme. Seit Einführung des Euro werden die wirtschaftlich starken Volkswirtschaften stärker und die wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaften schwächer. Deutschland, die Niederlande, Österreich und Finnland haben durch eine interne Abwertung an preislicher Wettbewerbsfähigkeit hinzugewonnen, der europä-

⁵ Henry Goecke, Europa driftet auseinander – Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz? in: IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 40. Jahrgang, Heft 4/2013.

Abb. 11: Konvergenz und Divergenz

Reales BIP/Kopf relativ zum jährlichen EU-Mittelwert (=100)



Quelle: The Conference Board 2013; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

ische Süden musste real aufwerten. Ohne einen Abbau dieser Ungleichgewichte (siehe Abb. 11) wird der Euro nicht überleben.

- Der Historiker und Politikberater Münkler stellt zu Recht heraus: »Erst mit dem Beginn der Eurokrise ist das neue politische Gewicht Deutschlands im vereinten Europa wirklich sichtbar geworden.«⁶ Die Aufgabe der europäischen Hegemonialmacht Deutschland ist seither: Die Macht in der Mitte soll es bewerkstelligen, »ökonomisch in einer globalen Wirtschaft mithalten zu können und dabei die anderen Länder der EU mitzuziehen. Wohlgemerkt: mitzuziehen und nicht, sie vor sich herzutreiben. Die zunehmende Verflechtung der europäischen Wirtschaft gibt den Deutschen die Chance des Mitziehens. Dabei kann die Politik aber nur eine unterstützende Rolle spielen, denn ausgehen muss dies von der Wirtschaft selbst.«⁷
- Die Stärkung der industriellen Wertschöpfung in Deutschland und – sofern das Mitziehen klappt – die Aufwertung dieses Kernsegments der kapitalistischen Ökonomie im europäischen Durchschnitt ist ein zentraler Baustein der neoliberalen Hegemonialpolitik.

⁶ Herfried Münkler, Macht in der Mitte, die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa Hamburg 2015, S 137. Frank Deppe hat in seiner Studie diese neue Hegemonialkonstellation und die Rolle des Politikberaters Münkler samt den zugehörigen »think tanks« und medialen »fellow traveller« einer grundsätzlichen Kritik unterzogen in: Frank Deppe, Imperialer Realismus? Hamburg 2014.

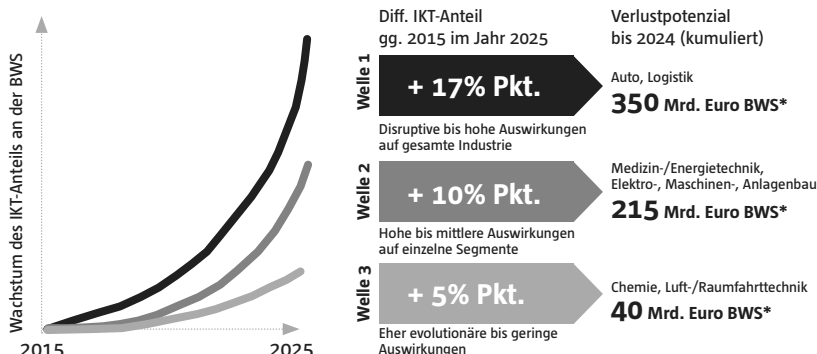
⁷ Ebd.

Globale Wertschöpfungsketten

Die politische Absicht ist eindeutig: Stärkung der Industrie im verschärften globalen Wettbewerb. Entgegen dem aktuellen Hype in den Medien und unter den ökonomischen Eliten ist allerdings festzuhalten: Die industrielle Wertschöpfung ist kein Wachstumstreiber, mit dem der Großteil der gesellschaftlichen Probleme einer reifen kapitalistischen Ökonomie gelöst werden. Es bleibt dabei: Der laufende Produktivitätsfortschritt in der Industrie erlaubt die Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs an Fertigwaren mit immer weniger Arbeit und damit die Expansion des Dienstleistungssektors. Zutreffend ist aber auch: Es hat sich ein wahrer Hype im produzierenden Gewerbe und der öffentlichen Kommunikation ausgebreitet. Angetrieben durch die Fortschritte bei den digitalen Technologien sollen wir kurz davorstehen, eine neue industrielle Revolution zu erleben.

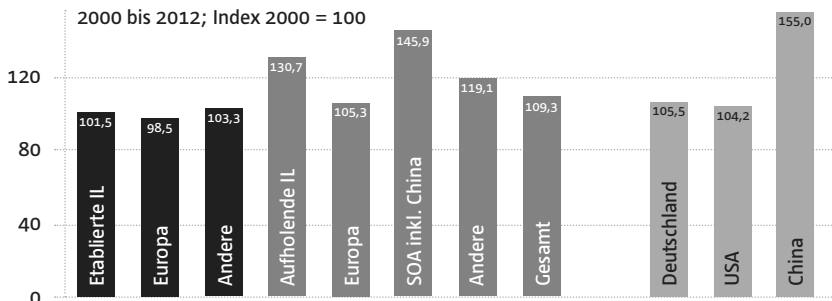
Als erste industrielle Revolution wird die tiefgreifende Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, der Arbeitsbedingungen und Lebensumstände bezeichnet, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann. Einige Wirtschaftshistoriker und Sozialwissenschaftler kennzeichneten spätere historische Umbrüche in den Wirtschafts-, Produktions- und Arbeitsformen als zweite und dritte industrielle Revolution. Um 1900 wurde angesichts der Fließproduktion, des Übergangs zur Massenproduktion von Gütern (Taylorismus und Fordismus) von einem Übergang in die zweite industrielle Revolution gesprochen. Die mikroelektronische Revolution seit Mitte der 1970er Jahre wird vielfach als technologischer Kern einer neuen, dritten industriellen Revolution angesehen. Seit einigen Jahren spricht man

Abb. 12: Verlustpotenzial aus Veränderung der Wertschöpfungsanteile



* Verlorene Bruttowertschöpfung in EU-17-Ländern bei Verlust des zusätzlichen IKT-Anteils an internationale Wettbewerber; Quelle: Roland Berger.

Abb. 13: Wachstum der Totalen Faktorproduktivität*



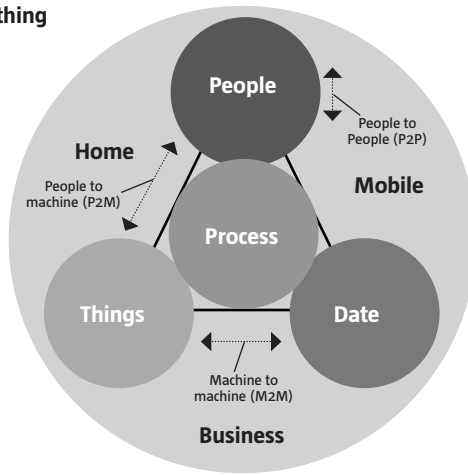
* Mit »Totaler Faktorproduktivität« werden vor allem technologische Wachstumsfaktoren beschrieben.
IL = Industrieländer; SOA = Südostasien; Quelle: Untersuchungen des Conference Board 2013.

auch von der vierten industriellen Revolution, die sich auf die Informatisierung der Fertigungstechnik bezieht. Für die Unternehmensberatung Roland Berger etwa drohen beim »Verpassen der digitalen Transformation« Europa Wertschöpfungseinbußen von 605 Milliarden Euro (siehe Abb. 12). Diese sich abzeichnenden Veränderungen in der Betriebsweise haben nicht nur Konsequenzen für die internationalen Wertschöpfungsketten, sondern werden eine erneute Umwälzung aller Lebens- und Arbeitsverhältnisse zur Folge haben. In der Öffentlichkeit und den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen werden diese Entwicklungen unter den Stichworten »Industrie 4.0« und »Internet der Dinge« diskutiert.

Die Auflösung bisher fest untereinander verbundener Produktionszusammenhänge und ihre internationale Neuorganisation vollziehen sich in den verschiedenen Branchen differenziert, in einigen in hohem Tempo. Für die einzelnen Stufen des Wertschöpfungsprozesses entstehen selbständige Einheiten, die über mehrere Länder und Erdteile – überwiegend in kapitalistischen Hauptländern – verteilt sein können und weltweit an keine Ländergrenzen gebunden sind. Die Industrialisierung wurde stark von der Senkung der Transportkosten geprägt. Jetzt kommt es mehr und mehr zur Zerlegung und Neugruppierung von Wertschöpfungsketten. Die Wertschöpfung erstreckt sich über mehrere Orte der Welt, wobei die Unternehmen der etablierten Industrieländer komparative Vorteile in den aufholenden Industrieländern nutzen (siehe hierzu auch Abb. 13). Die früher bekannten räumlichen Cluster mit einem industriellen Zentrum lösen sich auf. Daher überschneiden sich längs der Wertschöpfungsketten auch die organisatorischen Zuständigkeiten von Gewerkschaften.

Noch ist eine neue gesellschaftliche Betriebsweise nicht ausgebildet und damit in der Produktionsweise hegemonial. Es geht indes bei dem neuen

Abb. 14: Internet of Everything



Schritt nicht nur um eine weitere Perfektion der industriellen Wertschöpfung, sondern um die umfassende Vernetzung aller Segmente des Reproduktionsprozesses (siehe hierzu auch Abb. 14).

Laut der Studie »Wertschöpfungsketten und Netzwerkstrukturen in der deutschen Industrie – welche Veränderungen sind zu erwarten?«⁸ des Instituts der deutschen Wirtschaft aus dem Jahr 2012 haben inländische Wertschöpfungsketten trotz der Globalisierung für die deutschen Unternehmen noch immer eine Schlüsselstellung. Der Anteil inländischer Zulieferungen an der Industrieproduktion ist nahezu konstant, und die wichtigsten Lieferanten und Kunden sitzen für den Großteil der Unternehmen noch immer im Inland – ein Befund, der sich trotz zunehmend globaler Wertschöpfungsketten nur langsam ändern wird. Der Vorteil der Nähe liegt insbesondere bei der gemeinsamen Innovation und der Vielfalt von Kompetenzen bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in unterschiedlichsten Branchen.

Diese Entwicklung hat in den Unternehmen zu einer marktgesteuerten Dezentralisierung geführt: Rechtlich selbständige, unternehmerisch handlungsfähige Teilbereichsunternehmen führen die eigentlichen Geschäftstätigkeiten durch, während eine »Holding« für die Erzielung von Finanz-, Technologie- und Managementsynergien verantwortlich ist. Die Vermarktlichung innerhalb der Unternehmensnetze und die beschleunigte Zentralisation von Kapital sind also zwei Seiten der gleichen Medaille.

⁸ www.vdma.org/documents/105628/789861/IW-Studie%20Wertschoepfungsketten/49b380ef-7749-4568-8948-46c961e4b8f0

Deutschlands Industrie: Nur ein mediales und mentales Comeback⁹ oder Stärkung der industriellen Wertschöpfung?

Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat Deutschland den Anteil der Industrie an der Wertschöpfung in den vergangenen 15 Jahren gehalten und zuletzt sogar gesteigert. Insgesamt bei tendenziell fallendem Niveau hält sich der bundesdeutsche industrielle Wertschöpfungsanteil deutlich über den in europäischen Nachbarstaaten und den anderen kapitalistischen Metropolen. Ohne Zweifel ist eine moderne und leistungsfähige Industrie ein wichtiger Faktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Sie trägt mehr zur Forschung und Entwicklung (F&E) bei als andere Sektoren, ist stärker am internationalen Handel beteiligt und fragt überdurchschnittlich viele Güter und Leistungen von anderen Wirtschaftszweigen nach. Insgesamt hat das ein hohes Produktivitätswachstum in der Industrie zur Folge, das auch positiv auf die Entwicklung in anderen Bereichen ausstrahlt. So werden z.B. zahlreiche Dienstleistungen erst indirekt als Vorleistung für Sachgüter international handelbar.

Die Industrie hat in Deutschland im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften ein deutlich höheres Gewicht (siehe Abb. 1 auf S. 4). Ihr Anteil an der deutschen Bruttowertschöpfung erholte sich nach der Krise 2008 rasch und erreichte bereits 2011 wieder einen Wert von über 22%. Im Jahre 2013 beläuft sich die industrielle Wertschöpfung auf insgesamt 561 Mrd. Euro und hat einen Anteil von 22,2% an der gesamten Wirtschaft (siehe Tab. 3).

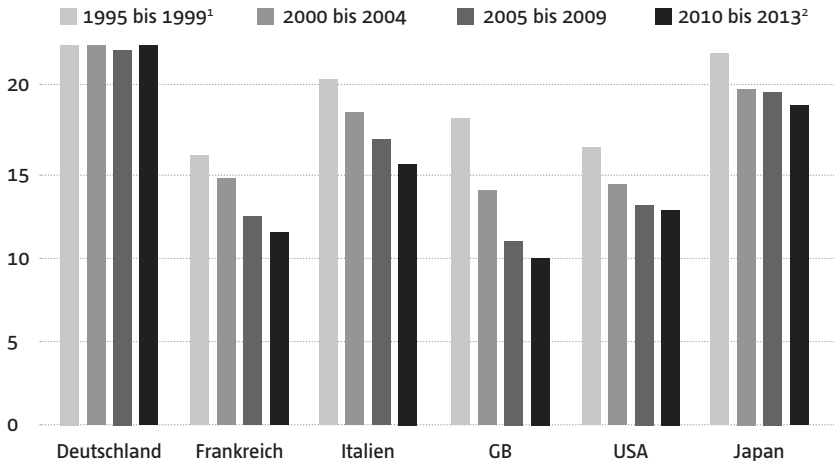
Tab. 3: Die bundesdeutsche Industrie im Jahr 2013

	absolut	Anteil an der Gesamtwirtschaft
Wertschöpfung	561 Mrd. €	22,2%
Beschäftigte	5,9 Mio.	14,1%
Ausgaben für Forschung und Entwicklung	47,9 Mrd €	85,5%
Exporte	1.081 Mrd. €	84,5%
Unternehmenssteuern	114,8 Mrd. €	18,5%*
Jahresentgelt je Beschäftigten	50.374 €	133,6%**

* des kassenmäßigen Steueraufkommens; ** des durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelts

⁹ In der Süddeutschen Zeitung spottete Thomas Steinfeld: »In den vergangenen Monaten und Wochen scheint sich an den Grundlagen für die Lehre von der postindustriellen Gesellschaft etwas geändert zu haben: Der Knecht soll nun in den Haushalt des Herrn zurückkehren. Der Verlust großer Teile der herstellenden Industrie stellt sich europäischen wie deutschen Politikern jetzt als historischer Mangel, wenn nicht gar als Irrtum dar. Europa müsse dringend aufs Neue industrialisiert werden.« (Thomas Steinfeld: Die Heimholung des Knechts. In: Süddeutsche Zeitung vom 12.11.2012, S. 9)

Abb. 15: Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes
in % des BIP, Durchschnitt der jeweiligen Periode



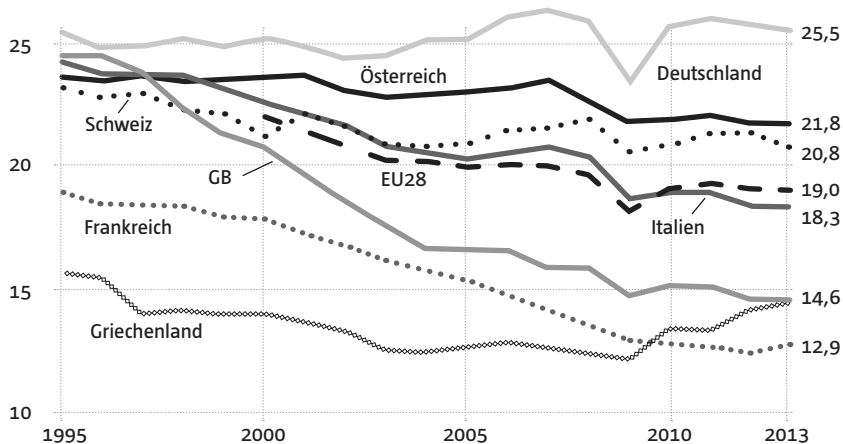
Quelle: Weltbank; ¹ Daten für die USA ab 1997; ² Daten für die USA und Japan bis 2012

Der Kern der industriellen Wertschöpfung ist das Produzierende und hier speziell das Verarbeitende Gewerbe. Im Jahr 2011 erwirtschaftete das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) 26,2% der Bruttowertschöpfung der deutschen Wirtschaft. Insbesondere getragen von der lebhaften Auslandsnachfrage und der Nachfrage nach Investitionsgütern stieg der Anteil des Produzierenden Gewerbes gegenüber den Jahren 2009 (23,3%) und 2010 (25,3%) an. Er lag im Jahr 2011 auch über dem Mittelwert für die Jahre 2000 bis 2010 (25,1%). Die Aufwärtsbewegung der industriellen Wertschöpfung hat positive Konsequenzen: Die Beschäftigung in der Industrie wuchs um über 130.000 Arbeitsplätze zwischen 2010 und 2011.

Das Produzierende Gewerbe umfasst die Wirtschaftsbereiche Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung sowie Baugewerbe.¹⁰ Die deutsche Wirtschaft weist im internationalen Vergleich einen relativ hohen Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes am BIP auf. Während in anderen entwickelten kapitalistischen Ökonomien die industrielle Basis in den letzten zwei Dekaden teilweise deutlich erodierte, sei es aufgrund zunehmenden Wettbewerbsdrucks aus dem Ausland oder als Folge vermehrter Produktionsverlagerung ins Ausland, blieb in Deutschland

¹⁰ Da sich das Baugewerbe häufig anders entwickelt als die übrigen Bereiche des Produzierenden Gewerbes, wird letzteres in der statistischen Beobachtung oft ohne das Baugewerbe betrachtet.

Abb. 16: Anteil der Industrie am BIP in %
Brutto-Wertschöpfung ohne Bauindustrie



Quelle: Eurostat

der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wirtschaftsleistung beinahe unverändert (siehe Abb. 15).

Die große Passgenauigkeit der Produktpalette der deutschen Außenwirtschaft für die in den letzten Jahrzehnten schnell wachsende Nachfrage in den Schwellenländern dürfte einer der Gründe für die gute Performance der deutschen Exportunternehmen gewesen sein.

Die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) hängt stärker vom Konjunkturverlauf ab, als dies bei den Dienstleistungen der Fall ist. Im Rezessionsjahr 2009 fiel der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) daher unter die 25%-Schwelle. Die wirtschaftliche Bedeutung des Produzierenden Gewerbes oder der Industrie (ohne Baugewerbe) ist in Deutschland traditionell höher als in der gesamten Europäischen Union (EU-28 im Jahr 2011: 19,5 %). In den anderen vier großen europäischen Volkswirtschaften streuten die entsprechenden Wertschöpfungsanteile stark (siehe Abb. 16).

Die wettbewerbsstarke Wertschöpfung der Industrie hat dazu geführt, dass Deutschland besonders gut durch die Krise gekommen ist. Die deutsche Industrie hat ihren Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am BIP in den vergangenen 20 Jahren nahezu gehalten.

- Der Anteil der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Deutschland lag im Jahr 2014 bei 22,3%. Dies entsprach fast dem Wert von 1994 (23,0%). In den EU-Staaten insgesamt hatte die Industrie 2014 einen An-

teil von durchschnittlich 15,3% am BIP. In Frankreich lag der Anteil bei 11,4 % und in Großbritannien bei 9,4%.

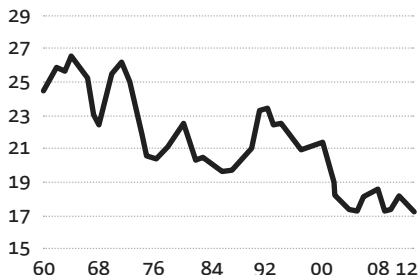
- Die Bruttowertschöpfung der Industrie in Deutschland betrug in jeweiligen Preisen im Jahr 2014 rund 581 Milliarden Euro (1994: 380 Milliarden Euro). Im Jahr 2014 waren im Verarbeitenden Gewerbe knapp 7,5 Millionen Erwerbstätige (1994: 8,2 Millionen) beschäftigt und es wurden rund 373 Milliarden Euro Arbeitnehmerentgelt (1994: 264 Milliarden Euro) gezahlt.
- Im Zeitraum von 1994 bis 2014 erhöhte sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes jährlich um durchschnittlich 1,7% gegenüber einem gesamtwirtschaftlichen Zuwachs der Bruttowertschöpfung von 1,4%.
- Das Verarbeitende Gewerbe wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach 21 zusammengefassten Wirtschaftsbereichen dargestellt. Im Jahr 2012 trug – gemessen an der Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes – die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen als größter Bereich mit einem Anteil von 17,5% zum Gesamtergebnis der Industrie bei. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich innerhalb der Industrie war mit einem Anteil von 15,7% der Maschinenbau.
- Die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigte Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde) stieg seit 1994 jährlich um 2,4%, die Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde) um durchschnittlich 2,3% pro Jahr. Die daraus abgeleitete Entwicklung der Lohnstückkosten (Relation von Lohnkosten zu Produktivität) war daher nahe Null.
- In der Gesamtwirtschaft nahmen von 1994 bis 2014 sowohl die Produktivität mit durchschnittlich 1,2% pro Jahr als auch die Lohnkosten mit 2,0% weniger stark zu. Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe stiegen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten somit in den letzten 20 Jahren um 0,7%.

Zwischenfazit: Deutschland ist einer der konkurrenzfähigsten Industriestandorte und gleichzeitig führender Lieferant für Ausrüstungen industrieller Wertschöpfungsketten weltweit. Die Behauptung der Wettbewerbsposition im Unterschied zu den meisten europäischen Nachbarländern erfordert enorme Investitionsleistungen und gesellschaftliche Anpassungen. Gegenwärtig zeichnet sich eine weitere Entwicklungsstufe in der industriellen Revolution ab, die eine weitere Verschärfung der Wettbewerbsposition auslösen wird.

Umbau und Effektivität des Kapitalstocks

Auch in Deutschland ist die Investitionsquote über einen längeren Zeitraum rückläufig und im internationalen Vergleich niedrig. Entsprechend wird gefordert, die so angeblich entstandene Investitionslücke von bis zu 3% des BIP so bald wie möglich zu schließen und damit die Wettbewerbsfähigkeit und das Potenzialwachstum zu erhöhen, was zudem der Wirtschaft Europas

Abb. 17: Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland in % vom BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt

Impulse verleihen würde.¹¹ Der Anteil der Bruttoinvestitionen tendiert seit den 1960er Jahren nach unten (vgl. Abb. 17)

Die Investitionsschwäche ist kein ausschließlich konjunkturelles, sondern ein langfristiges Phänomen. In Deutschland verliert die Investitionstätigkeit in Relation zur Wirtschaftsleistung (Investitionsquote) sogar schon seit Jahrzehnten kontinuierlich an Schwung. Einen Rückgang der Anlageinvestitionsquote gab es unterschiedlich ausgeprägt und unter teilweise erheblichen Schwankungen auch in anderen Industrieländern. In Europa hat sie sich besonders stark nach der Wirtschaftskrise ausgebildet. Derzeit liegt die Anlageinvestitionsquote in Deutschland mit 17,2% in etwa auf dem Niveau derjenigen in Spanien und Italien und weist gegenüber der Quote der USA und Frankreich einen Rückstand von 1,5 und 2% des BIP auf. Besteht somit tatsächlich eine spürbare Investitionslücke in Deutschland, die von Forschungsinstituten und Verbänden auf bis zu 3% des BIP geschätzt wird?

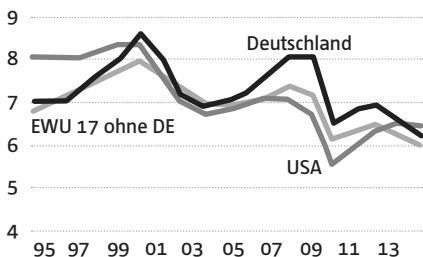
Statistisch gesehen führen Investitionen, die über den Abschreibungen liegen, dazu, dass der Kapitalstock wächst. Dies steigert das Wachstumspotenzial. Es ist aber sinnvoll, in der Betrachtung privatkapitalistische Investitionen und den entsprechenden Kapitalstock von den öffentlichen Investitionen

¹¹ Vgl. Bach, S. et al., Wege zu einem höheren Wachstumspfad. DIW Wochenbericht 26/2013. Baldi, G. et al. (2014). Schwache Investitionen dämpfen Wachstum in Europa. DIW Wochenbericht 27/2014. In ähnlicher Weise argumentierte auch der IWF in seinem jüngsten Deutschlandbericht, in dem er zusätzliche schuldenfinanzierte öffentliche Investitionen im Umfang von jährlich EUR 14 Mrd. fordert. (IMF: Germany. Staff Report for the 2014 Article IV Consultation). Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) spricht von einer Investitionsschwäche in Deutschland (vgl. DIHK, Investitionsschwäche in Deutschland. DIHK-Schlaglicht Wirtschaftspolitik. Sommer 2014).

zu unterscheiden. Deutschland hatte im Zeitraum von 2000 bis 2013 im internationalen Vergleich mit durchschnittlich 3,4% des BIP mit die niedrigste Nettoinvestitionsquote in der privaten Wirtschaft, die von den USA (4,1%) und insbesondere Frankreich (5,7%) deutlich übertroffen wurde. Besteht hier ein Defizit? Eher nicht.

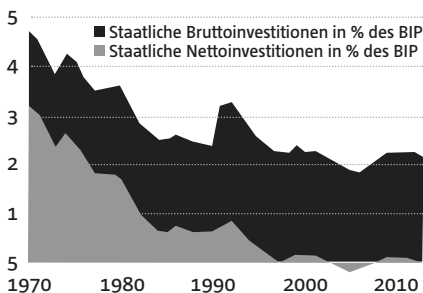
Unternehmen treffen Investitionsentscheidungen auf Basis ihrer Einschätzung der zukünftigen Nachfrage und ihren Gewinnerwartungen. Derzeit sind die deutschen Produktionskapazitäten ausreichend groß, um unter den gegenwärtigen Verteilungsverhältnissen den Renditeerwartungen zu entsprechen. Allerdings ist der Anteil der Bruttoausstattungsinvestitionen am BIP in den letzten Jahrzehnten ähnlich stark wie die Bruttoanlageinvestitionsquote zurückgegangen, weist aber aktuell mit 6,2% in etwa das gleiche Niveau wie in den USA (6,5%) auf. Zudem liegt er deutlich über den Quoten in Frankreich und Portugal (rund 5%) sowie Großbritannien (3%). Spürbar höhere Investitionsquoten sind unter den kapitalistischen Hauptländern nur in Japan

Abb. 18: Ausrüstungsinvestitionen im internationalen Vergleich in % vom BIP



Quelle: EU-Kommission

Abb. 19: Der öffentliche Kapitalstock sinkt

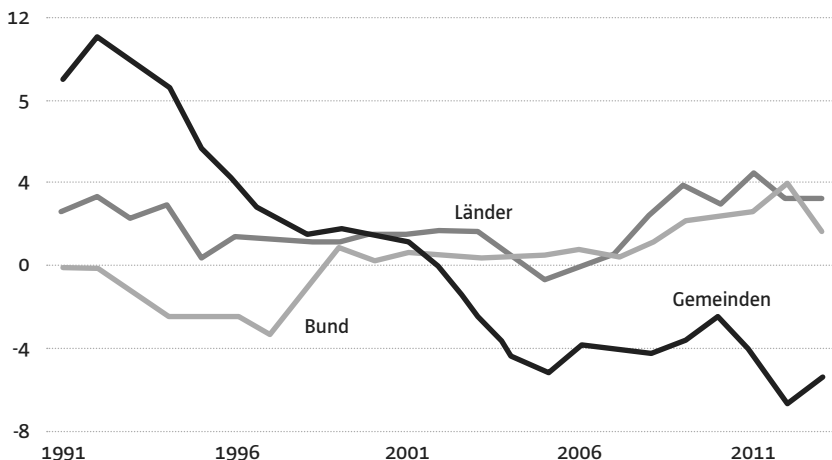


Quelle: Statistisches Bundesamt/BertelsmannStiftung; bis 1990 früheres Bundesgebiet

und Italien zu finden. In beiden Ländern sind jedoch die Abschreibungen auf den Kapitalstock überdurchschnittlich hoch, sodass die Nettoinvestitionsquoten seit 2000 in Japan deutlich niedriger und in Italien nur wenig höher als in Deutschland waren. Auch in einer etwas längerfristigen Betrachtung ist keine Unterinvestition im Unternehmenssektor auszumachen.

Sicherlich würden sich die Investitionen im privatkapitalistischen Sektor deutlich verändern, käme es zu einer nachhaltigen Veränderung in den Verteilungsverhältnissen. Anders als im privaten Sektor besteht im öffentlichen Bereich eine deutliche Investitionslücke. Die These, dass Deutschland zu wenig investiert, trifft für den öffentlichen Sektor zu. Hier beträgt die Quote lediglich rund 1,5% des BIP, gegenüber fast 3,5% in den USA und 2,3% im Schnitt der anderen EWU-Länder.

Abb. 20: Nettoanlageinvestitionen von Bund, Gemeinden und Ländern in Deutschland (Mrd. Euro, nominal)

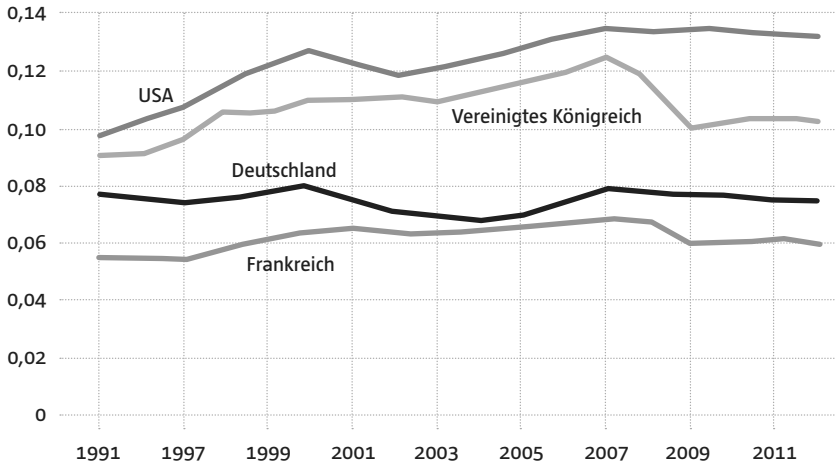


Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin; Veränderungen des Investitionsbegriffs lassen Vergleiche nur bedingt zu.

Öffentliche Investitionen sind aber für das Wirtschaftswachstum wichtig, da es sich beispielsweise bei den staatlichen Infrastrukturinvestitionen oft um Vorleistungen für die private Investitionstätigkeit handelt. In der Bundesrepublik kam es infolge der rigorosen Ansätze zum Abbau der öffentlichen Verschuldung – zuletzt seit Einführung der Schuldenbremse – zu einem Rückgang der öffentlichen Investitionen. Faktisch fand kein Substanzerhalt des öffentlichen Kapitalstocks mehr statt. Außerdem führte diese Austeritätspolitik zu einer immer weiteren Auslagerung der Investitionstätigkeit in halbstaatliche Extragellschaften: Bereits seit den 1990er Jahren wurden durch die Privatisierung von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Wasser- und Elektrizitätsnetze, Telekommunikation, ÖPNV etc.) auch die Aufwendungen für den Unterhalt und Ausbau entsprechender Infrastrukturen aus den Kernhaushalten von Bund, Ländern und Gemeinden ausgegliedert.

Innerhalb Deutschlands ist vor allem die kommunale Investitionstätigkeit immer mehr zurückgefahren worden (siehe Abb. 20). Der Anteil von Ausgaben der Städte und Gemeinden für Investitionen an den kommunalen Gesamtausgaben halbierte sich von 1991 bis 2013 von über 20% auf rund 10%. Dies ist auch auf eine Ausweitung der kommunalen Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherung zurückzuführen. Auch spielt die Auslagerung öffent-

Abb. 21: Investitionen in Relation zum Kapitalstock



Quelle: WIOD, Berechnungen des DIW Berlin

licher Investitionstätigkeit in den privatwirtschaftlichen Sektor eine Rolle. Betrachtet man die Nettoinvestitionstätigkeit (Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen) der Städte und Gemeinden, weisen sie seit 2003 negative Werte auf. Das heißt, die Kommunen fahren in den letzten Jahren ihre Infrastruktur auf Verschleiß.

Die Absenkung der öffentlichen Investitionen hat Konsequenzen für den Kapitalstock insgesamt. Die Investitionsintensität und damit die Modernität des Kapitalstocks ist nach vorliegenden Berechnungen in Deutschland im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften gering. Lag Deutschland hier noch Mitte der 1990er Jahre nahezu gleichauf mit den USA und Großbritannien, klafft heute eine deutliche Lücke zu diesen Ländern. Lediglich in Frankreich ist die Investitionsintensität noch geringer als in Deutschland (vgl. Abb. 21).

Ausbau der öffentlichen Infrastruktur betrifft ein breites Anwendungsfeld. Dies reicht von Straßen, Brücken und Gebäuden über Zugstrecken, Kanäle, Hafenanlagen, Flughäfen, Wasserversorgung, Elektrizitätsversorgung, Telefon, Mobiltelefon etc. Der Wert all dieser Anlagen liegt auf der öffentlichen Seite in Deutschland bei etwa dem doppelten Bruttoinlandsprodukt, die Abschreibungszeiträume sind z.T. sehr lang, sie liegen bei Wohnungsbauten im Mittel bei 74 Jahren, bei Straßen im Mittel bei 57 Jahren.

Infrastrukturen sind ebenso wie der Kapitalstock ein Schlüssel für Wertschöpfungsfähigkeit. Denn ein leistungsfähiger Kapitalstock ist, wenn man

so will, eine Form von geronnener Arbeit, der in Wechselwirkung mit geeignetem Personal eine hohe Produktivität ermöglicht. Diese Eigenschaft hat der Kapitalstock mit der Infrastruktur gemeinsam. Einen solchen Kapitalstock aufzubauen, erfordert ähnliche Zeiträume wie eine leistungsfähige Infrastruktur und eine gut ausgebildete Bevölkerung.

Neben den Erwerbstätigen spielt also der Kapitalstock bzw. das Anlagevermögen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Das Anlagevermögen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen; Nutztiere und Nutzpflanzungen und immaterielle Anlagen wie zum Beispiel Software. Die volkswirtschaftlichen Abschreibungen sind ein Maß für die Nutzung bzw. den Wertverzehr des Anlagevermögens in einer Periode. Das Anlagevermögen wird aus den Investitionen der Vergangenheit und geschätzten durchschnittlichen ökonomischen Nutzungsdauern der verschiedenen Anlagegütergruppen ermittelt.

Der Wert des Kapitalstocks in einem Land wie Deutschland beträgt mehr als das Fünffache des Bruttosozialprodukts pro Kopf. Am Jahresende 2011 standen in Deutschland Anlagegüter – Bauten, Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie immaterielle Anlagen – im Wert von 8,4 Billionen Euro für Produktion und Wohnen zur Verfügung. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozess stützt sich wesentlich auf dieses akkumulierte Fixkapital und die zentrale Aufgabe besteht darin, mithilfe des jährlichen Wertverbrauchs (Abschreibungen) eine Modernisierung und einen Strukturwandel zu organisieren. Auf diese Weise wird der Kapitalstock erhalten bzw. sein Umbau und seine Fortentwicklung finanziert. Der Aufbau und die Weiterentwicklung kann nur in einer geeigneten Co-Evolution mit dem Potenzial der MitarbeiterInnen, einer adäquaten Infrastruktur, dem Zugriff auf Ressourcen, leistungsfähigen Innovationsstrukturen und einer Einbindung in internationale Netze gestemmt werden. Brüche der Kapitalstock aus irgendeinem Grund zusammen, etwa durch Naturkatastrophen oder Kriegseinwirkung, begännen ein langer harter Weg, wie ihn z.B. Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg gehen mussten.

Der Kapitalstock der deutschen Wirtschaft hat einen Wert von rund 7 Billionen Euro. Dies entspricht gut dem Dreifachen des deutschen Sozialprodukts. Ein großer Teil dieses Kapitalstocks wird im Laufe der nächsten 10-15 Jahre erneuert werden müssen. Dies muss so erfolgen, dass er in Zukunft mit deutlich weniger und emissionsärmerer Energie gewinnbringend genutzt werden kann; hierbei sind die langfristigen Vorteile der erneuerbaren Quellen beson-

ders zu beachten. Die verminderte Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen setzt zusätzliche Investitionen und neue Technologien voraus.

Im internationalen Vergleich zeigt sich ein relativer Gleichlauf der Veränderungsraten des Kapitalstocks der betrachteten Industrieländer. Dabei ist der Trend seit den 1970er Jahren abwärts gerichtet, am ausgeprägtesten in Japan und Deutschland. Allerdings war in Japan zwischenzeitlich eine außerordentlich starke Expansion zu verzeichnen. Dem Vereinigten Königreich und etwas später auch den Vereinigten Staaten von Amerika ist mittlerweile eine Trendumkehr gelungen. Dies sind gleichzeitig auch jene Länder, die ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in den letzten 15 Jahren aufwiesen, was den engen Zusammenhang zwischen der Ausstattung einer Ökonomie mit Produktionsfaktoren und ihrem Produktionsergebnis veranschaulicht.

Unterentwickelte Gesellschaften mit hohem Bevölkerungswachstum und damit auch kräftiger Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte müssen mehr Ressourcen in den Aufbau des Kapitalstocks stecken, um bei gleicher Produktionsweise ihre gesamtwirtschaftliche Produktion und damit ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Für entwickelte, reife Ökonomien stellt sich die Aufgabe des Strukturwandels zu einer dienstleistungsintensiveren Gesellschaft, sodass der Umbau des Kapitalstocks weniger Einsatz erfordert und – unter der Voraussetzung sozialgerechterer Einkommensverhältnisse – eine Expansion öffentlicher Dienstleistungen und eine massive Verringerung der Arbeitszeit möglich wird.

Krise der kapitalistischen Dienstleistungsgesellschaft

In Deutschland haben wir einen doppelten Strukturwandel zu konstatieren: Innerhalb von zwei Generationen hat sich die Wirtschaftsstruktur grundlegend verändert. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Industrie und im Bau hat sich in knapp 50 Jahren auf 25% fast halbiert. Aufgenommen wurden die Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, in dem mittlerweile fast drei von vier Personen beschäftigt sind. Noch stärker fällt der Anteilsrückgang in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei aus.

Den Strukturwandel in der Wirtschaft kann man als Tertiarisierung¹² bezeichnen:

¹² Die Tertiarisierung ist die Umwandlung einer Volkswirtschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Nach der Drei-Sektoren-Hypothese besteht eine Volkswirtschaft aus primärem (Land- & Forstwirtschaft, Fischerei), sekundärem (Bergbau, Industrie, Handwerk) und tertiärem

- Der Anteil der Dienstleistungsbranchen an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung stieg von 67,4% (1996) auf 71,2% (2010).
- Die Dienstleistungsberufe wachsen überdurchschnittlich. Im Jahr 1996 betrug der Anteil der Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen 61,6%; 2010 waren es 66,9%.
- Im Jahr 1996 waren noch 25,1% der ArbeitnehmerInnen mit Fertigungstätigkeiten beschäftigt; heute sind es rund 20%. Spiegelbildlich sind die Dienstleistungstätigkeiten gestiegen.
- Es ist schon lange nicht mehr so, dass die Industrieunternehmen ausschließlich Industrieprodukte verkaufen. Heute kommen Dienstleistungen oder integrierte Industrie-Dienstleistungsprodukte hinzu. Auswertungen zeigen, dass die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes heute einen Umsatzanteil mit Dienstleistungen von rund einem Viertel haben.
- Herauszuheben sind an dieser Stelle die Trends »Wachsender Anteil von Dienstleistungen an der Wertschöpfung« und »Digitale Integration von Prozessen«. Die Trennlinie zwischen Gütern und Dienstleistungen löst sich tendenziell auf. Im Maschinenbau wird dieser Trend besonders deutlich: Der Softwareanteil im eigentlichen Wortsinne an Maschinen und ganzen Produktionssystemen nimmt stetig zu und ist oftmals bereits jetzt ein zentrales Argument bei der Vermarktung der Anlagen.

Dieser Strukturwandel ist eingebettet in die Entwicklung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus mit einer massiven »Entfesselung des Kapitals«. ¹³ Dieser entfesselte Kapitalismus stützt sich auf eine kundenzentrierte, flexible Massenproduktion und eine entsprechende Arbeitsorganisation. Durch die flexible Produktion werden die unter dem fordistischen Fabrikregime erkämpften Rahmenbedingungen der Lohnarbeit und die darauf aufbauenden Aspekte sozialer Sicherheit in wachsendem Umfang zerstört. Durch die technologischen Entwicklungen – neue Rohstoffe, neue Verfahrensweisen und neue Produkte – wurde ein Wandel des Regulationsregimes unvermeidlich. Eine flexible Produktionsweise erzwingt flexible Arbeitsmärkte und ist mit dem überlieferten System sozialer Sicherheit nicht vereinbar.

Mit dem »Internet der Dinge« zeichnet sich nun eine umfassende Vernetzung von Wertschöpfungsketten und gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen ab. Der neue Produktions- und Akkumulationsmodus verändert nicht nur die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft, sondern auch die

(Dienstleistungen) Sektor. Durch die fortschreitende Globalisierung verschiebt sich die Bedeutung der Produktion vom historischen Agrarsektor über die Industrialisierung zur Dienstleistung. Alte Volkswirtschaften können durch die Tertiarisierung neue Arbeitsplätze schaffen.

¹³ Siehe hierzu Joachim Bischoff, Finanzgetriebener Kapitalismus. Entstehung – Krise – Entwicklungstendenzen. Eine Flugschrift zur Einführung, Hamburg 2014, insbes. 71ff.

Verteilungsverhältnisse. Die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögens-einkommen schlagen sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder. Wir sehen in den kapitalistischen Metropolen eine Vertiefung der sozialen Kluft zwischen Armut und Reichtum.¹⁴

Es ist unstrittig, dass sich in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Absolutheitsanspruch der industriellen Wertschöpfung und damit der von der Industrie geprägten Lohnerwerbsarbeit auflöst. Die hochentwickelte Produktivität, die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit, die Arbeitsregelung für Lohnarbeit, die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbreitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse stellen die bisherige Form der antagonistischen Entwicklung infrage, der zufolge die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums und der frei verfügbaren Zeit¹⁵ auf der Überarbeit der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung basiert.

In der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft entscheiden nicht die technologischen Entwicklungstrends über die Struktur der gesellschaftlichen Arbeit, sondern die Akkumulations- und Verteilungsverhältnisse. Berücksichtigt werden muss bei der Betrachtung zukünftiger Szenarien die Gefahr der Wiederkehr einer Großen Krise des Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit, Wohlfahrtsverlusten breiter sozialer Schichten, Wertschöpfungseinbußen und gleichzeitiger Zunahme der unproduktiven Mehrwertverwendung.

Richtig bleibt weiterhin: Die industrielle Wertschöpfung ist in den Metropolen des Kapitals zentral. Gleichwohl darf dies nicht dazu führen, dass neben der herausragenden Rolle der Industrie die Entwicklungstendenzen des finanzgetriebenen Kapitalismus und die besondere Rolle der Dienstleistungen vernachlässigt werden, wie dies im Bündnis »Zukunft der Industrie« und der im Anschluss daran getroffenen »Kooperationsvereinbarung« der vier DGB-Gewerkschaften IG Metall, IG Chemie, IG Bau und EVG durchscheint.¹⁶ Dort heißt es: »Die Zukunft der Menschen in Deutschland und in der Europäischen Union hängt von der Leistungsfähigkeit und der Stärke der Wirtschaft ebenso ab, wie vom demokratischen Fortschritt und der Fähigkeit, das Zusammenleben in einer solidarischen Gesellschaft zu organisieren. Das Herzstück der

¹⁴ Siehe hierzu im Detail Joachim Bischoff/Bernhard Müller, Piketty kurz & kritisch. Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert, Hamburg 2015.

¹⁵ Sei es zur Ausübung nicht unmittelbar produktiver Tätigkeiten, sei es zur Muße, sei es zur Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und gesellschaftlicher Potenzen, die keinen unmittelbar praktischen Zweck verfolgen (Kunst, Wissenschaft etc.).

¹⁶ Kooperationsvereinbarung zwischen IG Metall, IG Chemie, IG Bau und EVG, www.labour-net.de/wp-content/uploads/2015/04/dgb_koop.pdf.

deutschen Wirtschaft ist die Industrie – in Europa muss die Industrie diesen Stellenwert wieder bekommen. Zudem haben sich Gewerkschaften wiederholt zu einer ehrgeizigen Politik für einen sozial-ökologischen Strukturwandel bekannt. Dieser ist genauso wie die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Industrie nur möglich, wenn es gelingt, die drei »I« zu aktivieren: Intelligenz, Innovationen und Investitionen. Die herausragende Bedeutung der industriellen Wertschöpfung muss auch zukünftig durch eine moderne, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, leistungs- und wettbewerbsfähige sowie wissensbasierte Industrie sichergestellt werden. Die Gliederung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nach Wirtschaftszweigen, die sich an der Trennung eines sekundären und tertiären Sektors orientierte, ist längst überholt. Moderne industrielle Wertschöpfungsketten zeichnen sich durch eine arbeitsteilige Integration aus, die den Unterschied von Güterproduktion und Dienstleistung in ihren Geschäftsmodellen längst überwunden hat.«

Festzuhalten ist für die Entwicklungstrends, dass die starke Expansion der Dienstleistungstätigkeiten sowohl mit dem starken Anstieg der Frauenerwerbsquote als auch mit einem größeren Gewicht der Finanzmärkte in den nationalen Ökonomien zu tun hat. Eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung hat neben anderem auch die Konsequenz, dass bislang im Haushalt privat erbrachte Leistungen nun marktförmig organisiert werden, was sich in der Ausweitung der haushaltsbezogenen Dienstleistungen niederschlägt.

Durch das Wachstum der Finanzmärkte entsteht eine Kultur der Spekulation, die mit einer erheblichen Zunahme von Finanz- und Beratungsdienstleistungen verknüpft ist. Fast die Hälfte der in den USA seit den 1980er Jahren neu entstandenen Arbeitsplätze sind dem Dienstleistungssektor zuzurechnen. Zwei Drittel dieser neuen Tätigkeiten sind überdurchschnittlich qualifiziert und entsprechend bezahlt und ein Drittel sind schlecht qualifizierte und niedrig entlohnte Jobs. Über die Verallgemeinerung dieses »neofeudalen« Typus einer Dienstleistungsgesellschaft entscheidet die Entwicklung der ökonomischen Widersprüche, die weitere Entwicklung der Verteilungskonflikte und schließlich auch, ob die Mehrheit der Wahlbevölkerung eine durchkapitalisierte Dienstleistungsgesellschaft will.

Im Zuge des Ausbaus der Wohlfahrtsstaaten erreichten die westeuropäischen Gesellschaften der Nachkriegszeit einen hohen Grad sozialer Sicherheit. Gesellschaftliche Regulierungen und Umverteilungen stabilisierten die soziale Lage des Großteils der Bevölkerung, der vom Verkauf der Arbeitskraft existiert. Zur Gewährleistung einer individuellen Zukunftsplanung der Mehrheit der BürgerInnen und zur Sicherung ihres Lebensstandards gehört neben regulierten Lohnarbeitsverhältnissen auch ein breites Angebot öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Diese öffentlichen Leistungen wer-

den durch Steuern oder einkommensabhängige Beiträge finanziert und tragen zur sozialen Kohäsion der Gesellschaften bei.

Die letzten Jahrzehnte neoliberaler Restrukturierung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses haben zum radikalen Umbau des Nachkriegskapitalismus und des Sozialstaates geführt. Die finanziellen Ressourcen des Staates wurden massiv reduziert und damit seine Möglichkeiten, die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Ressourcenverknappung führte zu

- einer Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und der Auslagerung von bislang in öffentlicher Regie wahrgenommenen Aufgaben in den privatkapitalistischen Bereich;
- einer strukturellen Unterfinanzierung von Teilbereichen und einer Verringerung der Beschäftigten sowie der Ausweitung atypischer, prekärer Beschäftigungsverhältnisse;
- einer steigenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte;
- einem Investitionsrückstau in Teilen der öffentlichen Infrastruktur; die Mangelsituation wurde z.T. durch so genannte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) kompensiert.

Im Kern liefen die »Reformen« des europäischen Sozialmodells auf eine Entfesselung der Marktkräfte und damit eine Neubelebung des Warencharakters der Arbeitskraft (Rekommodifizierung) hinaus. Dem Zentralstaat wurden wichtige Kompetenzen entzogen. Liberalisierung und Privatisierung verstärken nicht nur die Ungleichheit zwischen den Konsumenten öffentlicher Dienstleistungen. Gleichzeitig wächst die Ungleichheit zwischen den Beschäftigten in den betroffenen Sektoren. Die mit der Ausweitung der Marktsteuerung beabsichtigte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und einer Revitalisierung der Kapitalakkumulation wurde nicht erreicht.

In der Zukunft soll die stark angewachsene öffentliche Verschuldung durch ein verschärftes Schuldenregime eingedämmt und gestoppt werden. Seit 2009 gilt in der Bundesrepublik Deutschland – auf Bundes- wie auf Länderebene – die »Schuldenbremse«. Mit verfassungsrechtlich verankerten Regelungen für die Nettokreditaufnahme sollen wieder ausgeglichene Haushalte erreicht und eine Sanierung der öffentlichen Finanzen erzwungen werden. Mit Maßnahmen wie der »Schuldenbremse« werden die Ziele einer Volkswirtschaft auf die Stabilisierung des Schuldenstandes der öffentlichen Hand verkürzt und die Handlungsspielräume für eine antizyklische Politik erheblich eingeschränkt. Dies wird die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen und die soziale Spaltung in der Gesellschaft verschärfen.

Der öffentliche Sektor oder der Staat muss auskömmliche Einnahmen zur Bewältigung eines angemessenen Dienstleistungsangebotes und Bereitstellung einer öffentlichen Infrastruktur erhalten. Dass diese Finanzen nicht in

genügendem Ausmaß generiert wurden, ist der zentrale Grund für die strukturelle Überschuldung, die Defizite im Leistungsangebot und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der im öffentlichen Bereich Beschäftigten. Maßgeblich verantwortlich war hierfür speziell in Deutschland die Steuerenkungspolitik der letzten Jahrzehnte. Steuer»reform«bedingte Ausfälle sind vor allem seit 1998 zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass Krisenbekämpfungsmaßnahmen wie die im Jahr 2009 nicht wirklich etwas an den Strukturen veränderten. Seit Ende der 1990er Jahre wurden beim Patienten »öffentliche Finanzen« immer nur die Symptome behandelt, nie die Ursachen wirkungsvoll bekämpft.

Jahrzehntelang haben neoliberale Ideologen und Propagandisten die öffentliche Meinung darin bestärkt, dass im entwickelten Kapitalismus Geld- und Vermögensansprüche eine neue Qualität ökonomischer Rationalität hervorgebracht hätten. Nach mehreren Krisenjahren kann nun nicht mehr in Abrede gestellt werden, dass der entfesselte oder finanzgetriebene Kapitalismus sich durch die eigene Logik diskreditiert hat. Noch ist das offenkundige Scheitern des säkularen Projekts der Entfesselung des Kapitalismus nicht verarbeitet.¹⁷

Nach dem Umbruch der fordistisch-tayloristischen Betriebsweise des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gibt es weder einen Idealtypus von Industriearbeit noch einen neuen Akkumulations- und Regulationsmodus für die Ausbildung einer hochentwickelten Dienstleistungsgesellschaft. Von einer Rückgewinnung der Steuerungsfähigkeit kann angesichts der ungebrochenen Herrschaft der Finanzmärkte keine Rede sein. Angesichts des Übergangs zu kapitalmarktgedeckten Sicherungssystemen – Altersrente, Gesundheitsversorgung, Bildung – können wir eine erhöhte Labilität der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung konstatieren. Wir sehen auch hier: Über die Zukunftsrisiken und damit die Struktur der gesellschaftlichen Arbeit im 21. Jahrhundert wird im Kontext der strukturellen ökonomischen Widersprüche und der Verteilungsauseinandersetzungen entschieden.

¹⁷ Nach mehreren Jahrzehnten der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen ist in den letzten Jahren eine Wiederentdeckung öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen festzustellen. Privatisierungen gelten nicht mehr per se als beste Lösung für die Bewältigung der öffentlichen Aufgaben. Entscheidungen über Privatisierungen werden zurückgenommen oder es kommt zur Neugründung kommunaler Unternehmen. Re-Kommunalisierungen sind nicht nur eine Reaktion auf die enttäuschten Erwartungen bezüglich der Wirkungen von Privatisierungen auf Preise und Leistungsqualität. Sie sind nicht allein eine Parteinahme für eine Seite im vermeintlichen Gegensatzpaar »Staat versus Privatwirtschaft«. Re-Kommunalisierungen stehen auch für ein neues Bewusstsein über den Wert des Öffentlichen sowie für eine Suche nach »sachlich begründeten besten Lösungen« für die Erbringung grundlegender Leistungen der Daseinsvorsorge.

Deutschland setzt die Produktivitätsfortschritte bei der industriellen Wertschöpfung in eine Exportoffensive um, es erobert sich einen höheren Weltmarktanteil als die europäischen Nachbarländer. Die deutsche Industrie hat schon in den letzten Jahren ihre bereits zuvor extreme Exportorientierung noch weiter verstärkt. Dadurch konnten die Tendenzen zu Stagnation und Rezession auf dem Binnenmarkt ausgeglichen werden. Und wir sehen enorme Verschiebungen in den Exportströmen, so sinkt seit dem Ausbruch der Eurokrise der Anteil der Eurozone an den deutschen Ausfuhren beständig. Gingen zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch rund 45% aller deutschen Exporte in die Eurozone, so sank ihr Anteil auf rund 40% im Jahr 2010 und auf 35% im Jahr 2012. Auch dank des krisenbedingt sehr niedrigen Eurokurses ist es der deutschen Exportindustrie tatsächlich gelungen, ihre Abhängigkeit von der Eurozone deutlich zu reduzieren. Besonders offensichtlich wird diese Trendumkehr bei den rapide abschmelzenden Außenhandelsüberschüssen der Bundesrepublik gegenüber den südeuropäischen Krisenstaaten, die vor dem Ausbruch der Eurokrise die größten Defizite gegenüber Deutschland aufwiesen.

Stärkung der industriellen Wertschöpfung und die Rolle der Gewerkschaften

Mithilfe digitaler Systeme werden Unternehmen in Zukunft in der Lage sein, große Datenmengen über Produktionsprozesse, Lieferanten und Kunden zu erheben, zu verarbeiten und auszuwerten. Dadurch können Firmen Marktentwicklungen präziser vorwegnehmen und noch zielführender Entscheidungen treffen. Produktionsprozesse werden durch die fortschreitende Entwicklung und mit Einsatz künstlicher Intelligenz einen neuen Grad der Automatisierung erreichen. Dank einer leistungsstärkeren Vernetzung der Wertschöpfungsschritte lassen sich Lieferketten besser synchronisieren, Produktionszeiten kürzen und Innovationszyklen beschleunigen. Auch werden die spezifischen Kundenbedürfnisse transparenter. So lassen sich völlig neuartige Produkte und Leistungen entwickeln und anbieten. Diese Faktoren werden die Industrie grundlegend ändern, aus den klassischen, zeitversetzten Wertschöpfungsketten entstehen dynamische Wertschöpfungsnetzwerke. Kommunikation und ständiger Austausch zwischen Produktionseinheiten, Unternehmensabteilungen und externen Lieferanten flexibilisieren die Wertschöpfungsketten.

Diese Digitalisierung der Industrie könnte allein für Deutschland bis 2025 ein zusätzliches kumuliertes Wertschöpfungspotenzial von 425 Milliarden

Euro eröffnen. Für Europa sind es sogar 1,25 Billionen Euro. Gelingt es nicht, die digitale Transformation zum Vorteil Europas zu gestalten, wird die europäische Industrie allerdings in diesem Zeitraum erheblich an Marktanteilen einbüßen.

Die Schattenseiten dieses Wandels sind auch bereits bekannt: Formen des Liquid Work, also Projektarbeit, werden in Zukunft zunehmen. Die damit einhergehende Befristungskultur wird wahrscheinlich nicht die klassische deutsche Industrie treffen, sondern vor allem die Softwarespezialisten und digitalen Kreativarbeiter sowie die Dienstleistungsberufe im Allgemeinen. Damit wird ein weiteres Aufbrechen der Sozialsysteme verknüpft sein, das » auf diese temporäre Beschäftigung einfach nicht gut eingestellt ist. Es ist vielmehr immer noch eine Versicherung im Falle der Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmer mit einem zuvor unbefristeten Vollzeitverhältnis. Das deutsche Sozialsystem muss neue sozialpolitische Konzepte für die steigende Anzahl temporärer Beschäftigung finden.«¹⁸

Der IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel wies deshalb in seinem Pressestatement¹⁹ anlässlich der Gründungskonferenz zum bereits erwähnten Bündnis »Zukunft der Industrie« zu Recht darauf hin, dass die bevorstehende digitale Revolution die Gefahr einer »stärkeren Leistungsverdichtung und neue Möglichkeiten zur Überwachung und Leistungsvermessung« berge. Die Wirtschaft könne zunehmend auf neue, flexible Arbeitsformen, wie Click-Worker und Cloud-ArbeiterInnen, setzen. Diese Tätigkeiten seien schlechter bezahlt und kaum sozial abgesichert. Im schlimmsten Fall drohe sogar ein massiver Stellenabbau. »Es steht jeder zweite Arbeitsplatz auf dem Spiel, denn wir wissen gar nicht, was für eine Automatisierungswelle wirklich auf uns zukommt«, so Wetzel. Man müsse darauf achten, dass der Mensch die Technik gestaltet, und nicht die Technik den Menschen beherrscht.

Das war eines der Motive, aus denen der IG Metall-Vorsitzende mit dem Wirtschaftsminister und dem Präsidenten des BDI zur Gründung des Bündnisses »Zukunft der Industrie« aufgerufen hat. In dem Aufruf heißt es unter anderem: »Die deutsche Industrie ist in ihrer einzigartigen Verknüpfung von mittelständischen, familiengeführten Unternehmen mit Großunternehmen das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Die Industrie steht in Deutschland für rd. 22% der gesamten Bruttowertschöpfung, für ca. 100.000 Betriebe mit 8 Millionen Beschäftigten, für 86% der F&E-Ausgaben des Wirt-

¹⁸ www.theuropean.de/nils-heisterhagen--2/10035-die-politische-dimension-von-industrie-40.

¹⁹ www.igmetall.de/internet/2015_03_03_Wetzel_Bundnis_Industrie_Final%20kurz_e90216cf4027137e3458250063b2f11695c88b57.pdf.

schaftssektors und für rund drei Viertel der Exporte. Die Industrie ist damit in Deutschland ein wesentlicher Garant für Wohlstand, Wachstum, technologische Innovation und zukunftssichere Arbeitsplätze.« Das gemeinsame Ziel sei die Schaffung von wieder mehr und besseren Industriearbeitsplätzen in Deutschland: »Die Bedeutung der industriellen Wertschöpfung für Wohlstand und Beschäftigung und die Voraussetzungen für den Erhalt unserer Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit müssen der Öffentlichkeit verdeutlicht werden.« Es solle u.a. darauf hingewirkt werden, »dass Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie auch künftig für unsere Wirtschaft prägend bleiben«. In verschiedenen Arbeitsgruppen sollen »konkrete Handlungsempfehlungen zu fünf Schwerpunktthemen erarbeitet werden: Akzeptanz der Industrie in unserer Gesellschaft, Stärkung der Investitionstätigkeit, Zukunft der Arbeit in der Industrie und industrienahen Dienstleistungsbereichen, Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.«²⁰ Damit die Industrie der Zukunft ein starker Kern der deutschen Wirtschaft bleibt, soll die Industriepolitik angesichts der strukturellen Wandlungsprozesse – angetrieben durch die Megatrends von der demografischen Entwicklung bis zur Digitalisierung – neu ausgestaltet werden. Geschaffen werden soll eine gemeinsame Plattform, um den Industriestandort Deutschland nachhaltig modern zu gestalten – mit dem Anspruch, die Belange von Beschäftigten und Unternehmen in den Mittelpunkt zu stellen.

Wie bereits erwähnt trafen in der Folge des Bündnisses »Zukunft der Industrie« im April 2015 die IG Metall, die IG Chemie, die IG BAU und die Eisenbahnergewerkschaft EVG (unter Ausschluss z.B. von NGG und ver.di, die ebenfalls in industriellen Sektoren vertreten sind) eine Kooperationsvereinbarung. Die vier Gewerkschaften wollen so die Voraussetzung schaffen, »die Interessen der Beschäftigten in der deutschen Industrie und den industrienahen Dienstleistungen wirkungsvoll zu vertreten.«²¹ Als Begründung, dass nur die vier Gewerkschaften das Abkommen tragen, nennt die IG Metall: »EVG, IG BAU, IG BCE und IG Metall vertreten überwiegend Mitglieder der Investitionsgüterindustrie, von Unternehmen im globalen Wettbewerb und der industrienahen Dienstleistungen. Die Unternehmen und ihre Wertschöpfungsketten sind eng verzahnt.« In dem 25 Seiten umfassenden Abkommen heißt es: »Der wirtschaftliche Erfolg der deutschen Industrie und die Teilhabe der Arbeitnehmer an diesem Erfolg hängen auch von internationalen Rahmenbedingungen ab. Wenn Arbeitnehmer in unterschiedlichen

²⁰ www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/buendnis-zukunft-der-industrie-gemeinsame-erklaerung,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf.

²¹ www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/04/dgb_koop.pdf.

Ländern gegeneinander ausgespielt werden, ist die Teilhabe aller am materiellen Wohlstand gefährdet«. Denn: »dauerhafte internationale makroökonomische Ungleichgewichte schaden einem ausgewogenen internationalen Handel und gefährden auch Absatzmöglichkeiten deutscher Industrieprodukte und Arbeitsplätze.«

Das ist ein zu kurzfristiger Blick durch die nationale Brille, zumal sich trotz aller Minimal-Konsense zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit nicht in Luft aufgelöst haben. Und das Bekenntnis der Unterzeichner des Kooperationsabkommens zum »Gesetz«, dass die »Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in außenwirtschaftliches Gleichgewicht als eines der wirtschaftspolitischen Ziele« definiert, klingt sehr staatstragend, ohne auch nur ansatzweise Vorschläge zu unterbreiten, wie denn Politik und Wirtschaft veranlasst werden sollen, dieses Gesetz in praktisches Handeln umzusetzen.

Hinzu kommt, dass der ausschließliche Blick auf die »internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie« die Entwicklung eines auseinander driftenden Europas mit seinen ökonomischen Ungleichgewichten ignoriert. Es geht deshalb bei der Bewältigung der anstehenden Zukunfts-Herausforderungen auch darum, die Wertschöpfungsketten für Europa zu überprüfen und so zu entwickeln, dass die zunehmende Konvergenz zwischen den Ländern gestoppt und ausgeglichen wird.

Die Organisation eines zukunftssträchtigen Strukturwandels erfordert zudem die Durchbrechung des Teufelskreises aus Immobilien- und Bankenkrise sowie einen gesamtwirtschaftlichen Mix, um aus der Überforderung der öffentlichen Finanzen und aus den makroökonomischen Ungleichgewichten in der Eurozone herauszukommen, denn die bisher verfolgte Anti-Krisenpolitik in der Eurozone hat keine durchgreifende Besserung gebracht. Nötig wären ein qualitatives Wirtschaftswachstum und eine Entwicklungskonzeption zur Gestaltung der Dienstleistungssektoren, um das Vertrauen der BürgerInnen Europas in ihre Währung und ihre Union wiederherzustellen.

Staatlich finanzierte Wachstumsprogramme sind gegenwärtig allerdings schwer durchzusetzen, denn sie sind ohne weitere Staatsverschuldungen nicht zu haben, solange andere Finanzierungsquellen wie Erhöhung von Vermögenssteuern etc. tabu bleiben. Und – so die Gegenargumente – sie würden die Wachstumskrise nicht lösen, da es sich nicht um eine Konjunkturkrise handele, sondern um eine strukturelle Krise der Wettbewerbsfähigkeiten. Als Ausweg setzen Teile der europäischen Eliten auf ein politisch begleitetes, aber privat finanziertes und marktwirtschaftlich gesteuertes Wachstumsprogramm zum Ausbau und zur Modernisierung der europäischen Infrastruktur.

Der Juncker-Plan, eine ausreichende Investitionsoffensive?

Mit einem Investitionsprogramm sollen von 2015 bis 2017 öffentliche und private Investitionen in die Realwirtschaft im Umfang von mindestens 315 Mrd. Euro mobilisiert werden. In einer Zeit, in der öffentliche Mittel knapp sind, während in Finanzinstituten sowie auf Firmen- und Privatkonten schnell verfügbares Geld vorhanden ist, besteht für die EU-Kommission die Herausforderung darin, den Teufelskreis von fehlendem Vertrauen und zu geringen Investitionen zu durchbrechen.

Grundlage für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bilden eine Garantie in Höhe von 16 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt und weitere 5 Mrd. Euro, die von der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt werden. Nach vorsichtigen Schätzungen auf der Grundlage früherer Erfahrungen soll der Multiplikatoreffekt des Fonds bei 1:15 liegen. Sein Schwerpunkt sollte auf Investitionen in die Infrastruktur gesetzt werden, insbesondere in den Bereichen Breitband- und Energienetze sowie Verkehrsinfrastruktur in Industriezentren, Ausbildung, Forschung und Innovation, erneuerbare Energien und Investitionen in Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) und Unternehmen mit mittlerer Kapitalausstattung. Allerdings ist in den bisherigen Planungen das Ziel einer Erhöhung der industriellen Wertschöpfung in der EU bei der strategischen Anlage der Investitionsoffensive nicht erkennbar.

Nach Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) könnte durch ein solches Projekt die hohe Arbeitslosigkeit in vielen EU-Mitgliedsländern reduziert werden. 2,1 Millionen Arbeitsplätze könnten bis Mitte 2018 entstehen, wenn das Vorhaben konsequent umgesetzt werde. Um den erwünschten Effekt zu erreichen, müsste der Juncker-Plan den im Januar 2015 von der EZB beschlossenen Kauf von Staats- und Unternehmensanleihen in Höhe von 60 Milliarden Euro monatlich ergänzen. Die UN-Sonderorganisation rief die Privatwirtschaft auf, diese Möglichkeiten für Investitionen zu nutzen. Sie müssten allerdings gezielt in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit erfolgen, um das starke Arbeitsmarkt-Gefälle innerhalb der EU auszugleichen.

Die Zukunft der EU und der Eurozone hängt maßgeblich von einem überzeugenden Konzept zur Überwindung der Stagnation und der ökonomischen und sozialen Ungleichgewichte durch wirtschaftliche und finanzpolitische Koordination ab. Erst vor diesem Hintergrund könnte eine europaweite Stärkung der industriellen Wertschöpfung ansetzen. Die vorgeschlagenen Reparaturmaßnahmen sind völlig unzureichend. Die Eurozone findet nur aus der Krise durch eine Politik, die vor allem den südeuropäischen Ländern die Chance eröffnet, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Dazu ist eine

gesamteuropäische Anstrengung nötig, die diesen Ländern hilft, wie der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg den Europäern geholfen hat.

Die zentrale realwirtschaftliche Ursache der Eurokrise liegt in der ungleichen Entwicklung der Handels- und Kapitalströme. Ohne einen Abbau dieser Ungleichgewichte wird der Euro nicht überleben. Die europäische Kohäsionspolitik ist nach der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der zweitgrößte Budgetbereich der EU, sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der gesamten EU.

Die gegenwärtige Krise trifft einige Regionen, die über die letzten Jahre zu den Hauptempfängern der Europäischen Regionalförderung gehörten, besonders stark. Die Folge wird sein, dass sich die regionalen Disparitäten, gemessen am BIP pro Kopf oder den regionalen Arbeitslosenquoten, massiv verschärfen und die begrenzten Angleichungsprozesse zerstört werden. Die notwendige Konsolidierung öffentlicher Haushalte in Griechenland, Spanien oder Portugal wird dazu führen, dass einige Investitionsprojekte, die durch die EU in strukturschwachen Regionen gefördert werden sollten, mangels fehlender lokaler Ko-Finanzierung verschoben werden müssen oder überhaupt nicht durchgeführt werden können.

Es sind gerade die südlichen Krisenländer oder Kohäsionsländer Irland, Griechenland, Portugal und Spanien, die bis zur Krise am stärksten von der Strukturpolitik der Gemeinschaft profitierten. Auch wenn man die Förderung aus dem Etat der Gemeinsamen Agrarpolitik ausklammert, haben die vier Krisenländer erhebliche Beiträge aus den Fördertöpfen der so genannten Kohäsionspolitik bekommen. Die dafür bereitgestellten Mittel sollten den Empfängerstaaten helfen, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu den wohlhabenderen Mitgliedsstaaten aufzuschließen. Aber das gesamte Instrument der Strukturpolitik muss einer gründlichen Revision unterzogen werden. Unter Berücksichtigung der nationalen Beiträge und anderer privater Investitionen dürfte sich der finanzielle Gesamtumfang der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 auf ca. 450 Mrd. Euro belaufen.²²

Wenn die Kohäsionspolitik fortgeführt werden soll, müsste sie gründlich revidiert und auf nationalspezifische Entwicklungsstrategien ausgerichtet werden. Zentral wäre: Ausbau der demokratischen Beteiligung von Regionen, Kommunen und Bevölkerung. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, der Absenkung des Lebensstandards und der bedrückenden Zukunftsaus-

²² Gesamthaushalt EU 2014-2020: Gesamtsumme: 1.082 Mrd. €; 67,5% sonstige EU-Politikfelder: Landwirtschaft, Forschung, Außenpolitik usw. 730,2 Mrd. €; 32,5% Mittel aus der Kohäsionspolitik 351,8 Mrd. €.

sichten der südlichen Länder muss eine große Anstrengung der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Weg gebracht werden.

Mit der Fortführung der Struktur- und Kohäsionspolitik in der EU können die vorhandenen und wachsenden Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der nationalen Ökonomien in Europa nicht überwunden werden. Der Juncker-Plan ist eine wichtige, aber unzureichende Ergänzung. Erforderlich ist ein zielgerichtet handelnder, aktiver Staat, der in der Lage ist, Risiken einzugehen und ein hochgradig vernetztes System von Akteuren zu schaffen, die aus dem privaten Sektor das herausholen, was mittel- und langfristig für das Allgemeinwohl das Beste ist. Der Staat muss in diesem Netzwerk als Hauptinvestor und Katalysator wirken und die Verbreitung von Wissen steuern. Die gegenwärtige Entwicklung steuert in eine andere Richtung und es ist zu befürchten, dass der Juncker-Plan über kleinere Investitionsimpulse nicht hinauskommt.

In Deutschland beträgt die Investitionslücke Studien zufolge 75 bis 80 Milliarden Euro im Jahr. Der Investitionsstau ist eine Aufgabe, die in einer Legislaturperiode nicht mal eben gelöst werden kann. Wirtschaftsminister Gabriel will allerdings statt öffentlicher Investitionen einen Teil der maroden deutschen Infrastruktur teilprivatisieren und über Fonds so genannter öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) finanzieren. Die Geldgeber – Versicherungen, institutionelle Anleger, aber auch einzelne Bürger – würden die Anlagen für in der Regel 30 Jahre oder mehr betreiben und dafür eine Gebühr erhalten. Zur Propagierung einer solchen Option muss selbst die vom Bundesrechnungshof widerlegte Mär²³ – »Öffentlich-private Baupartnerschaften sind wirtschaftlicher.« – erhalten. Dabei ginge es um Projekte in Höhe von 15 Milliarden Euro. Allein der Instandsetzungsrückstau der Öffentlichen Hand im Hoch- und Tiefbau wird auf 600 Mrd. Euro geschätzt. Wenn die Rendite-Erwartungen – wie gerade im Bereich Hoch- und Tiefbau – für private Kapitalgeber nicht attraktiv sind, werden sie nicht investieren. Es sei denn, ihnen werden attraktive Renditen gewährt, die dann allerdings die Allgemeinheit zu tragen hätte.

²³ So z.B. in einem Gutachten zum Kostenmanagement im Bundesfernstraßenbau vom April 2014: www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/gutachten-berichte-bwv/berichte/sammlung/startseite/2014-bwv-gutachten-kostenmanagement-im-bundesfernstrassenbau.

Aufgabe: Stärkung der industriellen Wertschöpfung

Die industrielle Wertschöpfung hat Auswirkungen auf die Dynamik der Arbeitsplätze. Daher sticht in der »Berliner Republik« die Beschäftigungslage hervor, die deutlich besser ist als vor Jahren und viel besser als in den Krisenländern der Eurozone. Die Arbeitslosenquote von rund 7% ist zwar nicht Weltspitze, aber im Vergleich mit Frankreich, Italien oder Spanien steht Deutschland weitaus positiver da. Deutschland, nach der Wiedervereinigung zum ökonomischen Sorgenkind des Kontinents abgestiegen, ist mitten in der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise zur wirtschaftlichen Führungsmacht aufgerückt. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder kommentiert: »Es hat drei Gründe, weshalb Deutschland heute so gut dasteht. Da sind zum einen die Reformen der Agenda 2010. Dann hilft uns in der Globalisierung, dass wir in Deutschland eine starke Industrie und einen starken Mittelstand haben. Und die Sozialpartnerschaft, also das verantwortliche Miteinander von Arbeitgebern und Gewerkschaften, ist ein Wettbewerbsvorteil. Das zeigt sich gerade in Krisenzeiten.«

In der Tat: Die deutschen Unternehmen konnten – mit Unterstützung durch die Politik – die Lohnerhöhungen lange Zeit auf flachem Wachstumspfad halten, sodass die Lohnstückkosten längerfristig gesunken sind und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie fast stetig gesteigert haben. Die inländischen Lohnkosten erhielten wenig Spielraum nach oben und machten den Werkplatz Deutschland zunehmend produktiver – während die Lohnpolitik in Italien, Frankreich oder Spanien von deutlichen Steigerungen bei den Arbeitseinkommen geprägt war.

Aber auch Deutschland ist nicht der Hort der Stabilität und kein Wachstumszentrum, das für ein prosperierendes und demokratisches Europa nötig wäre. Nach der in der Schröder-Ära eingeleiteten Flexibilisierung des Arbeitsmarkts oder dem Wechsel auf die Rente mit 67 ist bei der »Deregulierung« der Sozialsysteme auf langsamere Gangart zurückgeschaltet worden. Das Steuersystem hat seine Asymmetrie für die Reichen und seine Unübersichtlichkeit behalten; mit der Einführung des Mindestlohns beabsichtigt die jetzige Bundeskanzlerin Angela Merkel in Kooperation mit einem Großteil des bürgerlichen Lagers, die weitere Prekarisierung der Lohnarbeit einzuschränken und durch Ergänzungen bei der gesetzlichen Altersrente die größten Verarmungsprozesse zu begrenzen. Die Haushaltskonsolidierung beruht vor allem auf konjunkturellen Verbesserungen und auf Kürzungen, die wiederum den Sozialstaat und den Arbeitsmarkt erheblich getroffen haben. Die langjährige Schwächung der Massenkaufkraft beschränkt die Akkumulationsdynamik und befördert zudem eine ungleiche Entwicklung in der

Eurozone. Dass ein Faktor die ungenügende Lohnentwicklung in Deutschland ist, hatte selbst der neoliberale Finanzminister Wolfgang Schäuble mit Blick auf Lohnverhandlungen in der Metall-, Elektro- und Chemiebranche eingeräumt: Starke Lohnsteigerungen seien tragbar und könnten zum Abbau von Ungleichgewichten innerhalb Europas beitragen.

Wenn jetzt mit Blick auf Konjunkturabschwächung und schleppende Wachstumsdynamik der Ruf nach öffentlichen Impulsen ertönt, verweist die Bundeskanzlerin auf die öffentlichen Finanzen und lehnt eine Expansion des Kredits ab: Ein Wachstum auf Pump würde zum Anfang der Krise zurückführen. Aber es sei daran erinnert, dass Deutschland in der Währungsunion bereits früher einmal mitgeholfen hat, einen »Stabilitätspakt« in einen »Wachstums- und Stabilitätspakt« umzuformulieren, der dann zu großer Schuldenmacherei führte. Es kann nicht nur darum gehen, die industrielle Wertschöpfung in Deutschland stark zu machen und eine weitere Scherentwicklung in der Eurozone hinzunehmen, sondern es müsste insgesamt um ein abgestimmtes Konzept der Stärkung der europäischen Industrie gehen. Jede weitere Schwächung führt dazu, dass die Aussichten in ganz Europa noch düsterer werden.

Wirtschaftspolitische Weichenstellungen in die richtige Richtung sind erforderlich

Die Eurozone steht in Verbindung mit der ökonomischen Führungsmacht Deutschland weltwirtschaftlich gesehen an einer Weggabelung. Unstrittig ist: Die massive Kreditexpansion und die neoliberale Deregulierungsagenda sind in der Großen Krise gescheitert; der Anteil des Finanzsektors, der in Deutschland mit 3,8% im Vergleich zu den USA mit 7,5% oder Großbritannien mit über 10% bescheiden blieb, wird überall geschrumpft werden.

Außerdem droht die industrielle Vorherrschaft der USA und Europas Geschichte zu werden, China hat sich vom billigen Zulieferer für den Weltmarkt zum industriellen Weltwirtschaftszentrum entwickelt. Trotz etlicher Reformschritte beim Übergang zu regenerativen Energien in Deutschland bleiben die fossilen Energieträger weltwirtschaftlich gesehen dominant. Das weltweite Ziel muss es sein, die Umwelt nicht durch Wachstum und steigenden Wohlstand weiterhin zu beschädigen. Die ökologische Nachhaltigkeit bleibt eine Herausforderung: sich von fossilen und atomaren Energieträgern lösen, weniger Energie verbrauchen sowie gleichzeitig die alternativen Energiequellen fördern. Globale Anstrengungen müssen unternommen werden, um über grundlegende Innovationen diesem ehrgeizigen Ziel näherzukommen.

Die Richtung für Alternativen ist damit vorgegeben, und der Weg dahin fördert das Wachstum neuer Industrien, entsprechender Unternehmen, aber auch der modernen Dienstleistungsökonomie. Die Erhaltung des Wohlstands in den industrialisierten Ländern und das Erreichen dieses Wohlstands in Ländern wie China müssen deshalb auf neuen Industriezweigen und einer neuen Generation von Lösungen beruhen, wenn sie nicht zu einer beschleunigten Zerstörung der Umwelt führen sollen. Die Industrieländer müssen verstärkt innovative Produkte, Systeme und Produktionslösungen fördern, um globale Umwelt- und Energieziele zu erreichen. Ein politisch beförderter Wettbewerb um immer höhere Anteile industrieller Wertschöpfung ist keine Lösung. Zukunftsfähiges Wachstum entsteht durch sozial gerechte Einkommensverhältnisse, d.h. stabile Massenkaufrkraft und ausreichende Ressourcen in den Sozialkassen und öffentlichen Haushalten. Die damit gegebene gesellschaftliche Nachfrage wird sich auf den Output aller Sektoren richten, aber der relative wertmäßige Anteil der Sektoren mit hohem Produktivitätswachstum (früher Landwirtschaft, jetzt Industrie) wird zurückgehen. Damit sinkt auch deren Anteil an Beschäftigung und Wertschöpfung der Volkswirtschaft.

Die Organisation eines zukunftssträchtigen Strukturwandels erfordert freilich zunächst die Durchbrechung des Teufelskreises aus Immobilien- und Bankenkrise sowie aus der Überforderung der öffentlichen Finanzen und aus den makroökonomischen Ungleichgewichten in der Eurozone. Die bisher verfolgte Anti-Krisenpolitik in der Eurozone hat keine durchgreifende Besserung gebracht: Erstens haben sich die Schulden- und Eurokrise verschärft. Zweitens befindet sich die europäische Wirtschaft, angeführt von den Krisenländern mit ihren Austeritätsprogrammen, inzwischen in einer Rezession. Und drittens durchläuft die europäische Integration eine ernsthafte politische Krise. Die Krisenländer leiden durch die schrumpfende Wirtschaft an wachsender Arbeitslosigkeit, Vermögensvernichtung und sozialen Spannungen, manche ihrer Medien sprechen vom Diktat aus Brüssel, das sie in Armut zwingt. Europa ist tief gespalten.

Nötig wäre Wirtschaftswachstum, um das Vertrauen der BürgerInnen Europas in ihre Währung und ihre Union wiederherzustellen. Den Ausweg bietet ein politisch begleitetes, aber privat finanziertes und marktwirtschaftlich funktionierendes Wachstumsprogramm zum Ausbau und zur Modernisierung der europäischen Infrastruktur. Der Bedarf dafür wird allein in der EU auf mindestens eine Billion Euro geschätzt. Und zur Finanzierung stehen weltweit geschätzte 170 Billionen Euro an privatem Vermögen bereit. Die Aufgabe der Politik bestünde darin, den Bedarf an Infrastruktur mit den Anlagebedürfnissen des privaten Kapitals zusammenzuführen.

Wenn es um Zukunftsbranchen geht, dann sprechen PolitikerInnen und ÖkonomInnen heute nicht mehr von der Internet- und Dienstleistungswirtschaft. Stattdessen besinnen sie sich auf die Basis: die Industrie. In den USA beruht der Aufschwung auf dem Verarbeitenden Gewerbe und die EU hat ein Programm aufgelegt, das einen jahrzehntealten Trend stoppen soll: die Deindustrialisierung Europas. Deutschland mit seinen exportstarken Industriegiganten gilt dabei als Vorbild. Während die Bundesregierung weiter auf einseitige Förderung von Exportindustrien setzt, entwickelten sich im sozialdemokratischen und grünen Spektrum, angestoßen durch Diskussionen bei der UNO, Konzepte eines so genannten Green New Deal. Im Kern geht es darum, verstärkt in grüne Industrien zu investieren und dadurch wirtschaftliches Wachstum anzuregen und gleichzeitig den Klimawandel zu bremsen. Die EU zum Beispiel verspricht bis 2020 410.000 zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich erneuerbare Energien. Auch US-Präsident Barack Obama hat die Stärkung der Industrie zum Programm erhoben, unter anderem durch die Versorgung mit billiger Energie. Japan setzt traditionell auf diese Branchen, ebenso wie China, wo die Industrie fast die Hälfte der Wertschöpfung produziert.

Dienstleistungen machen inzwischen 70 bis 80% der Wertschöpfung in den etablierten »Industrielländern« aus. Seit den 1980er Jahren wird der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft propagiert. Die Produktion von Maschinen und Autos galt lange als Auslaufmodell. Dienstleistungen haben die kapitalistischen Gesellschaften grundlegend verändert. Sie sind zum größten Wertschöpfungssektor geworden und stellen die meisten Arbeitsplätze. Dieser Trend wird auch langfristig anhalten, sodass die Dienstleistungen eine der großen Hoffnungen des 21. Jahrhunderts hinsichtlich Innovation, Wachstumspotenzialen und Arbeitsmarkt darstellen. Die Versprechen, die mit dem Anwachsen des Dienstleistungssektors und der Liberalisierung des Finanzsektors verbunden wurden, haben sich aber nicht erfüllt.

Unbestritten ist die Notwendigkeit der Ausweitung des Dienstleistungsreiches; eine Stärkung der Binnenwirtschaft in Deutschland muss sich gegen die Expansion des Niedriglohnsektors, eine weitere Zunahme der prekären Beschäftigungen, die Ausdünnung des Personals im öffentlichen Dienst und die damit verbundene Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten einsetzen. Diese Entwicklung zu stoppen und eine Umkehr einzuleiten, ist eine Herausforderung für die deutsche Gesellschaft und kann nicht im Mittelpunkt des Versuchs stehen, die Dominanz Deutschlands auf dem Terrain der industriellen Wertschöpfung im Vergleich zu den Krisenländern zu verändern. Es kommt nicht darauf an, jetzt einen starren Plan zu entwickeln, mit dem dann die europäischen Regionen rekonstruiert werden sollen. Weder der Dienstleistungsbereich noch die Industrialisierung allein sind dafür taugliche Mittel.

Das Gros der Wertschöpfung entsteht in den unternehmensbezogenen Diensten – Logistik, Fernwartung, IT-Unterstützung – und neuen Wachstumsfeldern. Die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen wurde in den letzten Jahrzehnten in Europa teilweise privatisiert und liberalisierten Märkten übertragen, wenn auch einige von ihnen weiterhin der Aufsicht nationaler Regulierungsbehörden unterstehen.

Anders sieht das bei industriellen Arbeitsplätzen aus. Während der Stagnationsjahre 2001 bis 2004 hat die deutsche Industrie fast nur noch im Ausland investiert und Arbeitsplätze aufgebaut, während die Arbeitslosigkeit im Inland über die Rekordmarke von 5 Mio. stieg. Gleichzeitig sank der Anteil der einheimischen Wertschöpfung an den boomenden deutschen Exporten markant auf noch 60%. Diese Beobachtungen hatten unter dem – vom Münchner Ökonomen Hans-Werner Sinn geprägten – Schlagwort der »Basar-Ökonomie« zu einer heftigen Debatte über die Globalisierung geführt. Sinn argumentierte, die wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung der deutschen Industrie sei ein notwendiger Erfolgsfaktor. Das Problem liege am heimischen Arbeitsmarkt, der frei werdende Arbeitskräfte nicht ausreichend absorbieren könne. Absorbiert werden könnte der Strukturwandel allerdings, wenn es gelänge, die Verteilungsrelationen so zu steuern, dass zum einen Löhne und davon abgeleitete Sozialeinkommen zur Stabilisierung der Massenkaukraft betragen könnten: Zum andern müssten die öffentlichen Investitionen finanziell über Steuereinnahmen so ausgestaltet sein, dass die Aufgabe des Erhalts der Infrastruktur sowohl materiell als auch personell bewältigt werden könnten.

Die Direktinvestitionen der deutschen Unternehmen im Ausland haben insgesamt neutrale bis leicht positive Auswirkungen auf die Beschäftigung gehabt; Anpassungen könnten bei entsprechender Gestaltung der öffentlichen Aufgaben bewältigt werden. Ein teilweise privat finanziertes Infrastrukturprogramm als marktwirtschaftlicher Wachstumsimpuls für Europa könnte also die dritte Säule eines konsistenten Euro-Rettungsprogramms sein – neben Reformen für die öffentliche Infrastruktur sowie solidarischer Brückenfinanzierung zur Beruhigung der Finanzmärkte durch Deutschland und die nördlichen Euro-Mitgliedsländer. So könnte Europa mitten in der Krise eine hochinnovative und produktive Wirtschaft mit exzellenter Infrastruktur schaffen. Die privaten Zulieferer würden durch Wachstum und gestiegene Produktivität, die ArbeitnehmerInnen durch mehr und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze davon profitieren. Mit höheren Steuereinnahmen und geringeren Sozialausgaben würden gleichzeitig Staatsschulden abgebaut. Auch das Vertrauen der Menschen in den Euro und in die europäische Integration würde wiederhergestellt.

Beispiel Energieversorgung: In Europa müssen in den kommenden Jahren – speziell nach der deutschen Energiewende – 220 Milliarden Euro für Netze und Speicher investiert werden. Dies setzt eine europäische Energiepolitik und entsprechende Planungssicherheit voraus. Beides fehlt noch. Auch bei Abwasserkanalisation und -aufbereitung gibt es in Europa einen Investitionsstau von mindestens 200 Milliarden Euro. Und im europäischen Straßenbau wird der Investitionsbedarf auf 180 Milliarden Euro geschätzt.

Leider dominiert in Europa die Ideologie, dass zur Instandsetzung keine neuen Kredite aufgenommen werden dürfen. Angesichts der rigorosen Politik des Deleveragings und der Austerität stehen wir vor einer neuen Ära der Privatisierung: In vielen Ländern gibt es privat finanzierte Maut-Autobahnen und in wachsenden Umfang privatkapitalistische Investitionen in die allgemein-gesellschaftliche Infrastruktur.

Ganz oben auf der Liste möglicher Projekte wartet die Telekommunikationsinfrastruktur auf technologische Erneuerung durch breitbandige Datenautobahnen. Noch verhindert eine europäische Regulierungspolitik aus den Zeiten des Post- und Fernsprechmonopols, dass sich die dazu nötigen Investitionen rechnen. So können die großen Telekom-Dienstleister wie etwa France Télécom, Telecom Italia, Telefonica kein privates Kapital mobilisieren. Ränge sich die Politik hier zu einer innovativen marktgerechten Regulierung durch, könnte das erhebliches Wachstum auslösen: Mit Investitionen über 270 Milliarden Euro in die Kommunikationsinfrastruktur entstünden nicht nur mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in Europa, sondern stiege auch die Produktivität der Nutzer in Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung.

Europa neu begründen: Es gibt Alternativen zur Austerität

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben mit Banken- und Konjunkturpaketen nur die Symptome der großen Krise bekämpft, ihre systemischen Ursachen blieben unberührt. Die schwierigste Phase der großen Krise liegt nicht hinter uns, sondern vor uns. Die Ziele einer Rückkehr zu einem befriedigenden Wirtschaftswachstum, einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik und einem stabilen Finanzsystem liegen nach wie vor in weiter Ferne. Die wachsende soziale Spaltung in den Krisenländern bedroht längst den gesamtstaatlichen Prozess der politischen Willensbildung. Sparpolitik, Lohn- und Pensionskürzungen, die Zerschlagung kollektivvertraglicher Lohnbildung zerstören in Südeuropa die Reste des »Europäischen Sozialmodells«.

Obwohl auf internationaler Ebene Fortschritte bei der Regulierung erzielt worden sind, bedroht der Zustand des Finanzsektors noch immer die Stabi-

lität der Globalökonomie und der Eurozone, vor allem in den Krisenstaaten. Die Sanierung des Finanzsektors ist bis heute nicht abgeschlossen, weil die große Vermögenspreisblase (vor allem im Bereich der Immobilienpreise) anhält. Auf mittlere Sicht müssen die Banken zugleich über eine ausreichende Finanzkraft verfügen und einem umfassenden Kontroll- und Regulationssystem unterworfen werden, damit sie ihre wesentliche Aufgabe ohne staatliche Unterstützung erfüllen können.

Auch wenn inzwischen ein Teil der Anhänger reiner Marktsteuerung zu Regulierungsbefürwortern mutiert ist: Es geht um weit mehr als Bankenaufsicht und ein paar Schranken für Kreditgeschäfte. Die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie muss aufgehoben werden. Ohne eine umfassende Renovierung der öffentlichen Infrastruktur und den Ausbau bürgernaher Dienstleistungen können die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen nicht überwunden werden. Wir brauchen eine progressive Besteuerung aller Kapital- und Vermögenseinkommen; es muss neben der Kontrolle von Finanztransaktionen eine entsprechende Besteuerung und eine Reproportionierung von Eigentums- und Schuldtiteln durchgesetzt werden.

Diese Reformen zielen auf einen neuen Modus der Investitionen und der gesellschaftlichen Steuerung der Ökonomie. Und: Die Privatisierung der sozialen Sicherheit muss zurückgefahren und alle Einkommensarten zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Dabei müssen wir uns auch damit auseinandersetzen, warum die Delegitimierung der verschiedenen Elemente sozialer Sicherheit (Rente, Krankenversicherung) so großen Rückhalt gewinnen konnte. Ein einfaches Zurück zum Sozialstaat der Nachkriegszeit wird es nicht geben können.

Für die europäische Krise gibt es eine europäische Lösung. Die Befürworter einer Renationalisierung überschätzen die Spielräume nationalstaatlicher Politik. Vor dem Hintergrund freier Kapital- und Warenströme sowie einer gemeinsamen Währung können nationale Regierungen in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik keine progressive Politik im nationalen Alleingang durchhalten. Was aber im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass eine enge Zusammenarbeit der zwei/drei größten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien) nicht neue Handlungsspielräume schaffen könnte. Zudem hängt die Stabilität nationaler Austeritätsregime immer noch sehr eng mit der Stabilität nationaler Regierungen zusammen. Insofern hat der Nationalstaat keinesfalls ausgedient. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen – die radikalste Variante einer Renationalisierung – ist allerdings keine wünschenswerte politische Option. Dieser Weg würde mit dramatischen ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen. Die Alternative zu weniger Europa ist mehr Europa, aber anders. Ziel ist ein

demokratisches und soziales Europa, das mit der neoliberalen Logik des Maastrichter Vertrags bricht.

Es ist falsch, Strukturanpassungen der nationalen Ökonomien in der Eurozone einseitig durch eine in ökonomische Depression führende Lohnsenkungs- und Austeritätspolitik erzwingen zu wollen. Europa braucht wirtschaftliches sozial-ökologisches Wachstum und zugleich einen Strukturwandel in den Akkumulationsregimen. Die Führungsrolle Deutschlands, die bislang in der massiven Durchsetzung von Austeritätsregimen besteht, muss überwunden werden, indem sich die ökonomische Hegemonialmacht von einer auf Leistungsbilanzüberschüsse ausgerichteten Wirtschaftspolitik verabschiedet und eine eher ausgeglichene Handelsbilanz anstrebt.

Nur mit Wachstum, so tönt es selbst von einem Teil der politischen Elite, könne die Schulden- und Fiskalkrise überwunden werden. Doch über nichts sind sich Politik und »Experten« so uneins wie darüber, wo Wachstum herkommen soll. Seit den 1970er Jahren sind die Wachstumsraten in den reichen Industrieländern mehr oder weniger stetig zurückgegangen; dieser Trend müsste umgekehrt werden. In den 1990er Jahren sah es eine Zeitlang so aus, als könne dies gelingen; aber was damals vor allem wuchs, waren der Finanzsektor und die Verschuldung der privaten Haushalte. Wachstum alleine dürfte allerdings zum Abbau der hohen Verschuldung nicht ausreichen. Das Verhältnis der gesamten Kapitalmarktschulden zum globalen BIP beträgt ca. 350%: Dem BIP von 62 Bio. US-Dollar stehen Kredite und Schulden von 200 Bio. US-Dollar gegenüber. Eine Schuldenreduktion nur mit höheren Wachstumsraten wäre eine langwierige Angelegenheit; es müssen andere Formen der finanziellen Repression (Umschuldung) hinzukommen. Es geht also um einen vernünftigen Mix von Entschuldung und qualitativem Wachstum, mit dem zugleich das Übergewicht des Finanzsektors zurückgeführt wird.

Worin kann dieser Mix bestehen? Für die regierenden Politiker geht es um eine angebotsseitige Wachstumsförderung, also um Strukturreformen wie die Liberalisierung der Arbeitsmärkte, Verschlinkung des öffentlichen Sektors, Rentenreformen oder den Abbau von Hürden im Wettbewerb. Diese Strukturreformen – so ihre Anhänger – führen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, letztlich soll durch Ausweitung der Exporte ein wirtschaftlicher Aufschwung angestrebt werden. Ein solcher Politikansatz erhält von der EU-Kommission und dem Ministerrat stets volle Rückendeckung. Doch die Umsetzung erfolgt schleppend, die Ergebnisse sind bescheiden, weil eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit längere Zeiträume beansprucht und in eine globalökonomische Öffnung der verschiedenen Märkte eingebunden sein muss, von denen in den letzten Jahren kaum mehr etwas zu spüren ist.

Notwendig ist ein Mix von Wachstumsanreizen und Sanierungsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen; außerdem brauchen wir Strategien gegen Europas interne Ungleichgewichte und Deutschlands enormen Leistungsbilanzüberschuss. Konkret bedeutet dies Lohnerhöhungen in Deutschland und eine Industriepolitik, die in den Volkswirtschaften Europas den Binnenmarkt ausbaut und die Überbetonung der Exportfähigkeit zurücknimmt.

Das Scheitern der bisher verfolgten Strategie ist eindeutig: Die interne Abwertung, d.h. die zwangsweise Absenkung von Löhnen und Preisen, hat die Schuldenlast der Haushalte, Unternehmen und Regierungen erhöht. Wird gespart, verlieren die Menschen ihre Arbeit, weil die von ihnen hergestellten Produkte niemand kauft. Durch Jobverlust sinkt aber die Schuldenlast nicht, sondern steigt an. Dieser Falle kann man entkommen, allerdings nur, wenn wir uns in der Diskussion über die Senkung der Schuldenquote von der Sparpolitik – höhere Steuern und niedrigere Ausgaben – verabschieden und über schuldenfreundliche Konjunkturanreize zu sprechen beginnen: nämlich über weitere Steuererhöhungen bei Anhebung der Staatsausgaben im gleichen Ausmaß. Auf diese Weise sinkt die Schuldenquote, weil der Nenner (die Wirtschaftsleistung) steigt und nicht, weil der Zähler (die gesamten Staatsschulden) kleiner wird. Diese Art des aufgeklärten wirtschaftlichen Anreizes stößt auf starke Vorurteile.

Das Kernproblem einer hartnäckigen Depression in der EU ist die unzureichende gesellschaftliche Nachfrage. Die Unternehmen investieren nicht genug in neue Anlagen oder Ausrüstung und sie schaffen daher zu geringes Lohneinkommen oder überhaupt zu wenig Arbeitsplätze. Man kann daher die Alternative zur Konsolidierungspolitik als politische Entscheidung betrachten, über Investitionen den gesellschaftlichen Konsum und damit die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen. Mit einer Fortführung von Schuldenpolitik hat dies also nichts zu tun. Es geht um Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse – letztlich selektive Steuererhöhungen in Zeiten wirtschaftlicher Not. Denn Europa braucht Strukturreformen, aber eben nicht so wie es die Verfechter einer Konsolidierungspolitik fordern. Die Alternative zur Konsolidierung läuft darauf hinaus, über eine Erhöhung der Steuern für höhere Einkommen, Vermögenserträge und angesammelte große Vermögen öffentliche Güter und Dienste, die vom privatkapitalistischen Sektor nicht ausreichend bereitgestellt werden – Dinge wie Verbesserung sozialer Sicherheit, Bildung, Gesundheitsvorsorge und öffentliche Infrastrukturen – zu finanzieren.

Es geht mithin um eine steuerfinanzierte Ausgabenpolitik: Der DGB hat bereits Ende 2012 einen »Marshallplan für Europa«²⁴ vorgeschlagen, bei dem

²⁴ www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422.

über einen Zeitraum von zehn Jahren jedes Jahr zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. Euro (ca. 2% des BIP) getätigt würden. Ein Europäischer Zukunftsfonds würde Anleihen emittieren, die von allen teilnehmenden Mitgliedsstaaten garantiert werden. Einnahmen aus einer Transaktionssteuer würden zur Schuldentilgung verwendet. Das Startkapital für den Fonds käme von einer einmaligen Vermögensabgabe.

Wir sollten also die relative Verselbständigung der Finanzmärkte vom realwirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess zum Ausgangspunkt nehmen, um über eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse eine strukturelle Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozesses einzuleiten. In zahlreichen Sektoren liegt der Anteil der Unternehmenseinkommen am Volkseinkommen in den USA und vielen anderen Ländern auf dem höchsten Wert seit Jahrzehnten. Das Einkommen der wirtschaftlichen Eliten und sozialen Oberschichten hat sich seit längerem von der Entwicklung hinsichtlich Gesamtproduktion und Beschäftigungswachstum deutlich entfernt. Während die Nachfrage nach Luxusgütern boomt, sinkt der Bedarf nach Waren und Dienstleistungen für Gruppen mit niedrigeren Einkommen. Mit Ausnahme der unmittelbar von der Krise betroffenen Länder passiert das alles inmitten einer Zeit extremer geldpolitischer Lockerung und Fast-Nullzinsen. Die strukturelle Konzentration der Einkommen an der Spitze geht mit billigem Geld und der Jagd nach Renditen einher und treibt damit die Aktienkurse in die Höhe.

Ohne tiefgreifende sozioökonomische Reformen wird sich das BIP-Wachstum in den kapitalistischen Hauptländern bestenfalls langsam erholen, während die politischen Systeme verriegelt bleiben. Die politische Alternative liegt in einer Konzeption zur Begrenzung von Reichtum und Macht, zur breiteren Verteilung wirtschaftlicher Gewinne durch starkes Wachstum der Realeinkommen der Armen sowie zur Aufrechterhaltung makroökonomischer Stabilität. Die Hindernisse bei der Umsetzung einer solchen Restrukturierung des Reichtums führen zur erneuten Verselbständigung der Finanz- und Wertpapiermärkte vom gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess. Erneut könnte sich die wachsende Kluft zwischen den boomenden Finanzmärkten und der durchwachsenen Lebenspraxis der Mehrheit der BürgerInnen noch erweitern. Wenn der Höhenflug der Vermögenswertpreise über die Realität allerdings nicht unterbunden wird, wird erneut ein schockartiger Wertverfall die wirkliche Produktionsbasis sichtbar machen.

Ein Politik-Mix zur Überwindung der Krise

Als wesentliche Entwicklungslinien können festgehalten werden:

- Die verschärfte kapitalistische Konkurrenz wird weiterhin vor allem in der Industrie für einen hohen Rationalisierungsdruck und beschleunigten Strukturwandel sorgen. Zu Recht wird in den Langfristprognosen von weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich gesprochen. Selbstverständlich behält die hochqualifizierte Facharbeit in dem abgesteckten Rahmen ihren Stellenwert und auch die einfache Arbeit wird mit Sicherheit nicht auf den verschwindenden Prozentsatz von Lohnarbeit im Bereich der Agrikultur heruntergedrückt werden.
- Proklamiert wird von vielen WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen ein Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft. Alle Arbeit wird, glaubt man den in der Öffentlichkeit verbreiteten Stereotypen, zur Dienstleistungsarbeit: Gemeinnützige Tätigkeiten werden in den Diskursen zu einer grundsätzlichen Alternative zur lohnabhängigen Erwerbsarbeit aufgewertet. Gemeinnützige Tätigkeiten fallen in den entwickelten kapitalistischen Staaten in den Bereichen Wissenschaft, Ausbildung, Kunst, Kultur, Gesundheit und soziale Betreuung an. Statt durch eine Übertragung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie auf alle Sektoren, in denen Gemeinnützigkeit eine Rolle spielt, die Massenarbeitslosigkeit weiter zu erhöhen, könnte man in der Tat umgekehrt eine Ausweitung dieses Bereiches jenseits von Staat und kapitalistischer Marktwirtschaft einleiten. Die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften verfügen über genug Wirtschaftspotenzial, um sich einen stark ausgeweiteten Sektor jenseits von Staat und kapitalistischem Verwertungszusammenhang leisten zu können. Bedingung wäre allerdings: Es müsste in die Verteilungsverhältnisse zulasten der Gewinn- und Vermögenseinkommen eingegriffen und neben der materiellen Grundlage für den Dritten Sektor die Demokratisierung der einzelwirtschaftlichen Ökonomien auf den Weg gebracht werden.
- Die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Automatisierung der Produktion und überbetriebliche Vernetzung werden die Qualifikationsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers weiter verändern. Als Konsequenz setzt sich eine wachsende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse fort. Dieser Prozess wird durch die Förderung von Bildung und Qualifikation verstärkt. Schließlich ermöglicht die moderne Informationstechnologie eine Steuerung und Koordination der Produktionsorganisation und des Arbeitskräfteeinsatzes, mit der Konsequenz der Auflösung des Normalarbeits- oder Vollzeitarbeitsverhältnisses.

- Auch wenn man verstärkte Anstrengungen der Gewerkschaften unterstellt und von einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz von Regulierung ausgeht – was keineswegs selbstverständliche Annahmen sind –, dürfte die Vollzeitwerbstätigkeit (Normalarbeitsverhältnis) weiter zurückgehen, während das Gewicht von Teilzeitbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen (Niedriglohnsektor) zunimmt. In der Konsequenz werden also die Verteilungskonflikte noch mehr eskalieren und in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen sozialer Spaltung und Ausgrenzung zum Dauerthema.

Den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften geht keineswegs die Arbeit aus. Faktisch hat sich die Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren auf mehr Subjekte – bei Arbeitszeitverkürzung – ausgeweitet, zugleich löst sich das Normalarbeitsverhältnis auf und bei wachsender Qualifikation findet zugleich eine Expansion schlechtbezahlter und ungeschützter Arbeitsverhältnisse statt. Mit dem Übergang zur Zweiverdienerfamilie als dominanter Lebensform werden die patriarchalischen Strukturen aufgebrochen, aber nicht aufgehoben. Zudem ist dieser Transformationsprozess mit erheblichen Problemen der Organisation der Kindererziehung und einer massiven Ausgrenzung und Verarmung von unvollständigen und kinderreichen Familien verbunden.

Diese wachsende Armut für alleinerziehende Mütter oder kinderreiche Familien erfordert – abgesehen von der Massenarbeitslosigkeit – einen wachsenden Einsatz gesellschaftlicher Mittel, zu deren Aufbringung die beschäftigten Lohnabhängigen nicht unter allen Umständen bereit sind. Eine Entwicklung, bei der immer mehr Menschen aus dem gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozess ausgegliedert und gleichzeitig damit auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen sind, ließe sich nur finanzieren, wenn die Grundlage der Aufbringung der Mittel vom Lohnbezug auf alle Revenueformen erweitert oder an die gesellschaftliche Wertschöpfung ange koppelt würde.

Ein Ausweg aus der Abwärtsspirale von Abschwächung ökonomischen Wachstums, Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses, Zerstörung des Sozialstaates und wachsender sozialer Polarisierung könnte eine radikale Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit sein. Fakt ist allerdings, dass infolge der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse, der Schwächung der Gewerkschaften und der Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes der Prozess weiterer Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik ins Stocken geraten ist. Aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit ist kein Königsweg zur Herstellung des Normalarbeitsverhältnisses. Weitere Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung, die sich in einer anderen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit niederschla-

gen, müssen begleitet sein von einer Umgestaltung der Verhältnisse und einer effizienten gesellschaftlichen Steuerung des Reproduktionsprozesses.

Die selbstkritischen VertreterInnen von Gewerkschaften und linken Parteien wissen, dass sie für einen radikalen Politikwechsel eintreten, der gleichwohl – nach Jahrzehnten verfestigter Massenarbeitslosigkeit und sich ausbreitender Prekarisierung – Teile der Betroffenen und die AnhängerInnen eines allgemeinen Grundeinkommens nicht überzeugt. Ihre Argumentation lautet: Wir können und müssen eine neue Lohnarbeitsgesellschaft durchsetzen, in der die Bedingungen der Arbeit auf ein zeitliches Minimum und die menschenwürdigste Form ausgerichtet sind. Eine Gesellschaft ist zu schaffen, die die Zukunft der Arbeit in den gesellschaftlichen Tätigkeiten und mit der Entwicklung des Menschen sieht und organisiert. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Veränderung des Wirtschaftswachstums selbst, nämlich qualitatives oder sozialkulturell geprägtes Wirtschaftswachstum.

Kurzfristiges Ziel einer linken oder alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist daher die Rückführung der bundesdeutschen Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad, vornehmlich durch eine expansive Politik der binnenwirtschaftlichen Nachfragestabilisierung. Wir brauchen höhere Arbeitseinkommen, eine Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und eine Stabilisierung der Sozialkassen durch Einführung einer Bürgerversicherung. Letztlich eine grundlegenden Reform von Wertschöpfung und Verteilung.

Gewerkschaften: Faktor bei der Durchsetzung von Alternativen

Die Gewerkschaften entwickelten sich in der Nachkriegszeit zum wesentlichen Faktor der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, des Soziallohnes und des Ausbaus der Öffentlichen Infrastruktur. Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten – bei nationalen Unterschieden – ihre Steuerungs- und Sozialversicherungssysteme gewaltig aus. Die Wirtschaftsentwicklung sollte politisch kontrollierbar und unliebsame Marktergebnisse nachträglich korrigiert werden. Aktive makroökonomische Steuerung und sozialpolitische Umverteilung erweiterten das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Was nicht in direkten Verhandlungen mit der Kapitaleseite geregelt werden konnte, erfolgte über die Legislative. In der Wortschöpfung »Keynesianischer Wohlfahrtsstaat« kam dies zum Ausdruck.

Die Kernfunktion der Gewerkschaften besteht in der Gestaltung der Verkaufs- und Konsumtionsbedingungen der Ware Arbeitskraft. In den letzten

Jahrzehnten konnten die Lohnabhängigen ihre Nettoeinkommen nicht verteidigen und mussten zugleich bei der Sozialen Sicherheit und den Arbeitsbedingungen etliche Verschlechterungen hinnehmen und dies, obgleich eine Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums erarbeitet wurde. Trotz ihrer Anstrengungen konnten es die Gewerkschaften nicht verhindern, dass die Verteilungsverhältnisse sich immer mehr zugunsten der Unternehmer- und Vermögenseinkommen verschoben haben.

Seit Jahren haben die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen, was keineswegs eine Besonderheit des bundesdeutschen Kapitalismus ist. Der Bedeutungsverlust der Gewerkschaften lässt sich auch bei den Wahlen beobachten, durch die die ArbeitnehmervertreterInnen in unterschiedliche Gremien (Arbeitsgericht, Betriebsrat, Betriebskrankenkasse, Sozialversicherung etc.) entsandt werden. Die jüngeren Generationen, vielfach selbst Opfer von neoliberaler Deregulierungs- und Umverteilungspolitik, schrecken davor zurück, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen. Letztlich schlägt sich die Schwächung der Gewerkschaften in einer mehr oder minder deutlichen Erosion des Tarifvertragssystems, einer schleichenden Aushöhlung der Tarifautonomie und einer umfassenden Erosion des in den Nachkriegsjahrzehnten erkämpften politisch-sozialen Status der Lohnabhängigen nieder. Abbau von Arbeitnehmerrechten, Ausweitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und Rückbau im Bereich der sozialen Sicherung (Lohnersatzzahlungen, Soziallohn) bedeuten letztlich eine allgemeine Absenkung des Lohnniveaus.

Eine entschiedene Interessenvertretung der wirklichen Produzenten in der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist unverzichtbar. Ohne Gegenwehr wäre die Ausbreitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen, die immer unverschämter geforderte Arbeitszeitverlängerung und die Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen die dominierende Tendenz. Gewerkschaften müssen sich immer stärker um soziale Sicherheit – Renten, Krankheit, Arbeitslosigkeit – kümmern. Stärker als in den Nachkriegsjahrzehnten wird deutlich: Die Gewerkschaften dürfen sich nicht im alltäglichen Kleinkrieg mit dem Kapital verlieren. Die politische Ökonomie der Lohnarbeit zielt nicht nur auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Eine gerechte Aufteilung des erwirtschafteten Produkts und damit eben auch der Verteilung der verfügbaren Zeit der Gesellschaft ist an eine Veränderung der Machtverhältnisse in der Ökonomie, d.h. in Unternehmen und gesellschaftlicher Ökonomie, gebunden.

Der ökologische Umbau der Industrie und die notwendige Konversion bestimmter Produktionslinien können nur durch eine aktive Industrie- und

Dienstleistungspolitik auf regionaler Ebene bewerkstelligt werden. Hierzu sind demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public Equity-Fonds notwendig, die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können.

In der Eurozone müssen außerdem die nationalen Lohn-, Steuer- und Sozialpolitiken koordiniert werden. Für die nationalen Lohnpolitiken bedeutet dies, dass die Lohnzuwächse den verteilungsneutralen Spielraum (Inflationsplus Produktivitätszuwachs) ausschöpfen sollten. Damit würden lohnkostenbedingte Wettbewerbsverzerrungen vermieden und ein Beitrag zum Ausgleich der Leistungsbilanzen geleistet. Notwendige Voraussetzung hierfür ist, dass die nationale Lohnpolitik die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung steuern kann. In vielen europäischen Ländern ist das heute aufgrund rückläufiger Tarifbindung nicht mehr der Fall. Dort muss die Politik die Gewerkschaften durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder handlungsfähig machen. In der Steuerpolitik sollten die Unternehmenssteuersätze auf der Grundlage einheitlicher Bemessungsgrundlagen harmonisiert werden.

Mitten in einer schweren Krise muss eine makroökonomisch effiziente Fiskalpolitik das Einkommen vom Haushaltssektor auf eine solche Weise zum Staat umverteilen, dass das private Sparen sinkt, nicht aber der Konsum. Gleichzeitig gilt es, kurzfristig-spekulative Aktivitäten auf den Finanzmärkten einzuschränken und langfristig-realwirtschaftliche Aktivitäten der Unternehmen zu fördern. Daraus folgt weiter: Die Maßnahmen des »expansiven Strategie« sind durch Beiträge hoher und höchster Einkommen und Vermögen sowie durch eine höhere Besteuerung von Finanztransaktionen und Finanzvermögen zu finanzieren.

Ausblick

Die Aussichten für die Ökonomie des Euroraums sind nach wie vor unbefriedigend. Die OECD erwartet für 2015 ein geringes und zudem fragiles Wirtschaftswachstum. Dabei wird die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau festgeschrieben bleiben. Auch die Bruttoschuldenstandsquote wird nur geringfügig um wenige Punkte hinter dem Komma zurückgehen. Verschärft wird die anhaltende Krise der europäischen Wirtschaft durch massive Kürzungen bei den Staatsausgaben. Die Alternative ist daher eindeutig: sofortiger Stopp der Austeritätspolitik, eine Lösung des Schuldenproblems und vor allem ein europäischer New Deal für die Krisenländer. Eine wirtschaftliche Erneuerung und Überwindung der Krise muss neben einem umfassenden Investitionsprogramm und einer Stärkung der europäischen Binnenökono-

mie begleitet werden durch eine Reihe von Veränderungen auf dem Terrain der Verteilungsverhältnisse; unter diesen Maßnahmen hätte eine europäisch ausgerichtete Vermögensabgabe einen herausragenden Stellenwert.

Die Eurozone befindet sich auf einem schleppenden und fragilen Erholungskurs, die schwere Krise von 2008 ist immer noch nicht überwunden. Das gilt auch für die USA: Seit 2010 blieb das Wachstum mit einem Tempo von durchschnittlich etwa 2% gering. Im Vergleich mit den Wachstumsraten in den 1980er Jahren ist dies eine deutlich schwächere Akkumulationsdynamik. Mittlerweile hat die Wirtschaftsleistung je Kopf das Vorkrisenniveau überschritten. Doch sechs Jahre nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise laborieren auch die Vereinigten Staaten noch immer an den Folgen. Ähnlich durchwachsen sieht auch die Entwicklung in Japan aus.

Der dramatischste Einbruch der globalen Wirtschaftsleistung seit der großen Weltwirtschaftskrise im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ereignete sich im Herbst 2008 und war die unmittelbare Folge der weltweiten Finanzkrise. Um einen weitgehenden Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern, stellten Regierungen und Zentralbanken auf der ganzen Welt ihren Finanzinstituten viel Geld zur Verfügung und garantierten für deren Schulden. Diese Interventionen stoppten zwar die Abwärtsspirale, aber der nachfolgende Rückgang der Wirtschaftsleistung war doch der größte seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre.

Der außergewöhnliche Rückgang der Wirtschaftsleistung und die daraus entstehenden und bis heute anhaltenden Verluste werden für die USA bis 2016 auf 12,8 Billionen US-Dollar geschätzt und für die gesamte Weltwirtschaft ein kumulierter Verlust von über 60 Billionen Dollar erwartet.

Vier Aspekte eines Rekonstruktionsprozesses sind für uns zentral:

- Von einer Rückkehr zur beschleunigten Kapitalakkumulation gehen die meisten Forschungsinstitute und kritischen Ökonomen nicht aus. Die OECD unterstellt in ihrer Langfristprognose bis 2030 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,1%.
- Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) prognostiziert einen Anstieg der globalen Arbeitslosigkeit auf 208 Millionen im Jahr 2015, in 70% der Staaten läge damit die Arbeitslosigkeit über dem Vorkrisenniveau. Es kommt zu einer Zunahme sozialer Ungleichheit und Spaltung insbesondere in der EU aufgrund massiver Einschnitte der Austeritätspolitik, eine anhaltende Krise mit steigender Arbeitslosigkeit wirkt als Katalysator von »sozialen Unruhen«. Die EU-27 wird von der ILO als eine Region mit einer signifikanten Zunahme der Gefahr sozialer Unruhen eingeschätzt.
- Gerade die europäischen Banken sind trotz hoher Staatshilfen und Garantien und trotz verschärfter Auflagen in den letzten Jahren immer noch hoch

verschuldet. Laut OECD hat der Finanzsektor des Euroraums im Zeitraum 2008 bis 2012 einen staatlichen Unterstützungsrahmen von 5,08 Billionen Euro erhalten (das entspricht über 40% des BIP); davon wurden über 1,6 Billionen Euro auch in Anspruch genommen. Die europäischen Finanzminister täuschen die Öffentlichkeit, wenn sie behaupten, dass die Bankenunion die Menschen vor einer Fortsetzung der Spirale aus teuren Bankenrettungen und anschließenden sozialen Massakern schützen wird. Die Haftung der Aktionäre und Gläubiger der Banken kann durch eine Ausnahmeregelung in der Abwicklungsverordnung bei Bedarf weiterhin umgangen werden. Aktuell wird die Summe an faulen Krediten in den Bankbilanzen der Eurozone auf rund eine Billion Euro geschätzt. Deshalb ist eine Schrumpfung, strikte Regulierung und demokratische Kontrolle des Finanzsektors dringend geboten, um Europa wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu geben. Dies erfordert unter anderem eine konsequente und ausnahmslose Haftung von Anleihegläubigern und Eigentümern der Banken.

- Die Zentralbanken haben durch expansive Geldpolitik in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung des Wirtschafts- und Finanzsystems geleistet. Die amerikanische Notenbank hat seit Ausbruch der Finanzkrise drei Runden der quantitativen Lockerung vollzogen. Jetzt riskiert die Notenbank eine schrittweise Rückführung der expansiven Geldpolitik.

Der IWF rechnet damit, dass die Realzinsen auch nach einer Normalisierung der Geldpolitik sehr niedrig bleiben werden. Es bleibt somit die Herausforderung, wie es ohne restriktive Fiskalpolitik bei einem niedrigen Zinsniveau zu einer Beschleunigung der Investitions- und Akkumulationsbewegung kommen kann.

Ein Ende der Großen Krise zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist nicht in Sicht; deutlicher als andere Wirtschaftsräume ist die angeschlagene Eurozone auch ein Krisenfaktor für die Globalökonomie. Ohne durchgreifende Antikrisenpolitik droht aber auch den anderen Wirtschaftsräumen eine Fehlentwicklung wie in Japan seit der Krise 1989/90: jahrelange Stagnation, sinkende Einkommen, explodierende Schulden. Statt notleidende Schuld- und Eigentumstitel und faule Kredite abzuschreiben, werden diese Papiere aus Angst vor einem schockartigen Entwertungsprozess mit frischem Geld am Leben erhalten. Ohne Restrukturierung der faktisch entwerteten Eigentumstitel bleibt als Alternative die Fortführung der Notenbankpolitik. Gerade deshalb ist eine Schrumpfung des Finanzsektors unabdingbar.

Die Krisenkonstellation in Europa stellt das größte Risiko für einen Absturz der Globalökonomie dar. Der Grund für diese Entwicklung: In einer Reihe

von Ländern der Eurozone halten die Unternehmen und die privaten Haushalte an der Zielvorstellung fest, ihren Verschuldungsgrad herabzusetzen. Der harte Sparkurs bei den Staatsausgaben verstärkt den durch die Entschuldung des privaten Sektors ausgelösten Abschwung; insgesamt droht Europa nach einigen Krisenjahren in eine erneute Rezession abzugleiten. Neben einer Rekonstruktion der realen gesellschaftlichen Wertschöpfung muss in Europa eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse eingeleitet werden.

Seit Jahrzehnten sehen wir eine massive Expansion von Vermögensansprüchen, privaten wie öffentlichen Schulden im Verhältnis zur Realökonomie. Stagnierende oder gar sinkende Reallöhne und steigende Unternehmens- bzw. Vermögenseinkommen schlagen sich in allen kapitalistischen Hauptländern in einer zunehmenden Spreizung der Einkommen nieder. Etwa 9% der EU-EinwohnerInnen verfügen über mehr als 60% des privaten Geldvermögens. Folgt man den Zahlen des World Wealth Report, verfügen 2,8 Millionen EuropäerInnen – weniger als ein Prozent der EU-Bevölkerung – allein über ein Finanzvermögen von 9,4 Billionen Euro. Ein Großteil dieser privaten Vermögen wurde nie erarbeitet, sondern von Generation zu Generation weitervererbt und durch akkumuliertes Vermögenseinkommen vermehrt.

Eine europaweite Vermögensabgabe nach dem hier entwickelten Modell könnte ein Aufkommen von einigen Billionen Euro erbringen. Gesamtgesellschaftlich setzt sich die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen in einer fallenden Quote der Arbeitseinkommen und einer relativen Verselbständigung der Finanzmärkte nieder. Die massive Expansion der Vermögenstitel trifft auf ein schlecht reguliertes Finanzsystem.

In der bis heute anhaltenden Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts geht es also nicht nur um die Bereinigungen in den Immobilienbereichen einiger Länder, sondern um die Verhinderung des Platzens der weltweiten Kreditblase, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie die Verarbeitung einer strukturellen Überakkumulation.

Zutreffend ist die Einschätzung, dass ein Teil der kapitalistischen Länder tief in der Schuldenfalle sitzt und mit einer Politik der Austerität nur eine weitere Zerstörung des Produktionspotenzials und eine massive Absenkung des Lebensstandards erreicht wird. Die Alternative zielt auf eine Beendigung der Austeritätspolitik, d.h. eine Ausweitung von öffentlichen Investitionen, einen Schuldenschnitt und eine Besteuerung der Vermögen, letztlich eine Vermögensabgabe. Sie besteht darin, über die demokratische Willensbildung und entsprechende Mehrheitsverhältnisse Kapitaleinkünfte und Vermögen zu besteuern sowie Schulden zu streichen. Gegen diese naheliegende Lösung steht die Macht der Finanzoligarchie. Der Finanzsektor hat genügend Einfluss, um

die Regierungen davon überzeugen zu können, dass die Wirtschaft zusammenbrechen werde, falls man »die Banken nicht rettet«.

Dies unterstreicht die Notwendigkeit, für Alternativen zu den neoliberalen Schrumpfungsprogrammen zu werben, denn diese sind überfällig. Es ist falsch, die Krisenstaaten durch einen rigiden Sparkurs zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zwingen zu wollen. Durch Schrumpfreformen werden die Krisenländer nur zu einem Bedrohungspotenzial für die Globalökonomie. Parallel zum Sanierungsprozess muss eine konsistente Wachstumsstrategie implementiert werden, die europäisch eingebunden und finanziert wird. Mit zusätzlichen Finanzmitteln gilt es, eine schlüssige Innovationspolitik, eine Erneuerung der Wirtschaftsstruktur und einen Ausbau regionaler Innovationssysteme zu gestalten.

Selbst der IWF hatte im Herbst 2014 angesichts der steigenden Verschuldung vieler Länder eine Vermögensabgabe von 10% ins Gespräch gebracht. Auch die Deutsche Bundesbank hat die Erhebung einer Vermögensabgabe untersucht. Die Vermögensabgabe ist eine Zahlung an den Staat, zu der Eigentümer großer Vermögen per Gesetz verpflichtet werden können, um eine finanzielle Notlage zu überbrücken. Im Unterschied zur jährlichen Vermögensteuer wird sie nur einmalig auf den aktuellen Vermögensbestand erhoben. Vermögensabgaben sind ein außerordentliches fiskalisches Instrument, das für eine Übergangszeit eine wirksame Refinanzierung eines verschuldeten Staates erlaubt, ohne die Hilfe des Kapitalmarkts, der internationalen Gemeinschaft oder des Zentralbankensystems in Anspruch nehmen zu müssen. Denn in den meisten Ländern stehen den staatlichen Schulden in wesentlich größerem Umfang private Vermögen gegenüber.

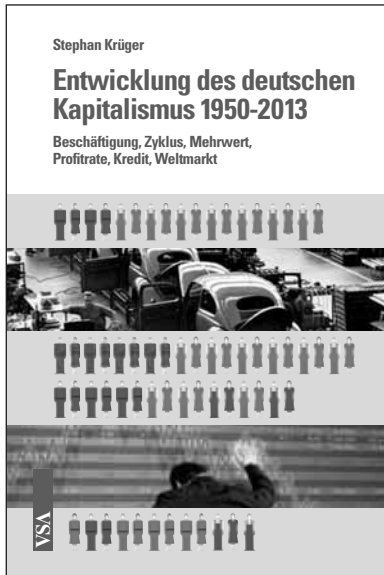
Die Vorteile von Vermögensabgaben liegen darin, dass sie weniger Steuerwiderstand und Ausweichreaktionen auslösen als konventionelle Steuererhöhungen. Da die steuerlich erfassbaren Vermögen stark auf die oberen 10% der Bevölkerung konzentriert sind, kann eine Vermögensabgabe auch dann noch ein erhebliches Aufkommen erzielen, wenn der Großteil der Bevölkerung durch hohe Freibeträge freigestellt wird. Da die Krise kein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem ist, kann sie auch nicht mit Konzepten gelöst werden, die sich nur auf Deutschland beziehen. Eine Vermögensabgabe müsste daher in möglichst vielen Ländern Europas koordiniert erhoben werden.

Weiterführende Literatur

- Allespach, Martin (2009): Gewerkschaftliche Eckpunkte einer aktiven Industriepolitik, in: WSI-Mitteilungen 5, S. 277ff.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2015): MEMORANDUM 2015 – 40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, Köln.
- Bischoff, Joachim (2014): Finanzgetriebener Kapitalismus. Entstehung – Krise – Entwicklungstendenzen. Eine Flugschrift zur Einführung, Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2015): Piketty kurz & kritisch. Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert, Hamburg.
- Bosch, Gerhard (2009): Perspektiven einer nachhaltigen Industriepolitik: www.gegenblende.de/01-2010/++co++f184db06-de84-11de-5a9e-00093d10fae2/@@index.html, Oktober.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2008): Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung, in: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik – Monatsbericht 01.
- Bundestagsfraktion DIE LINKE (2009): Industriepolitische Kehrtwende – Zukunftsfonds für Industrieinnovation und Beschäftigungssicherung. Bundestagsdrucksache 16/12294.
- Bundestagsfraktion DIE LINKE (2010): Zukunftsprogramm für 2 Millionen Arbeitsplätze, Bundestagsdrucksache 17/470.
- Dauderstädt, Michael/Dreyer, Jane (2012): Deutschlands Industrie: Wachstumsmotor oder Wachstumsmythos? Friedrich Ebert Stiftung; <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09374.pdf>.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (2012): Ein Marshallplan für Europa, Vorschlag des DGB für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa; www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422
- Europäischer Metallgewerkschaftsbund (2006): Wie kann ein Aufschwung der europäischen Fertigungsindustrie erzielt werden? Ein Aktionsplan des EMB.
- Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung u.a. (2008): Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in grünen Zukunftsmärkten. Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes.
- Gornig, Martin/Schiersch, Alexander (2012): Deutsche Industrie trotz dem Aufstieg der Schwellenländer, DIW-Wochenbericht 10.
- Heintze, Cornelia (2009), Die Entfaltung sozialer Dienstleistungen, www.gegenblende.de Dezember.
- Jaeger, Carlo C./Horn, Gustav/Lux, Thomas (2009): Wege aus der Wachstumskrise. Potsdam.
- Müller, Tazio/Kaufmann, Stephan (2009): Wider den Wachstumswahn. Für Klimagerechtigkeit. in: Luxemburg, Heft 1.
- Reh, Werner (2009): Transformationsperspektiven der deutschen Autoindus-

- trie, in: Wolfgang Sachs/Marte Nilsen/Alberto Acosta/Nicola Bullard u.a.: Game over.Neustart. Das Buch zum vierten Kongress von Attac, BUND, Evangelischer Entwicklungsdienst, Greenpeace, Heinrich Böll Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Hamburg.
- Rohde, Wolfgang (2009): Erste Priorität: Arbeitsplätze sichern! Zu den Perspektiven der Beschäftigten in der Metallindustrie, FES WISO-direkt Juni.
- Sachs, Wolfgang (2009): Basis wechseln. Für eine lebensdienliche Marktwirtschaft, in: Luxemburg, Heft 1.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Industriepolitik (2009): Marktprozesse wirken lassen und Innovationen ermöglichen, in: Jahresgutachten 2009/10: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen.
- Urban, Hans-Jürgen (2009): Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5.
- Vogt, Sascha (2012):, Industriepolitik von Links, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 192, S. 16
- Wolf, Frieder Otto (2009): Den Green New Deal nicht ablehnen, sondern in-standbesetzen! Für eine sozialökologische Transformation, in: Luxemburg, Heft 1.

VSA: Politische Ökonomie



Stephan Krüger
Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950-2013
Beschäftigung, Zyklus, Mehrwert, Profitrate, Kredit, Weltmarkt
140 Seiten | zahlreiche farbige Abbildungen | € 12.00
ISBN 978-3-89965-641-1
Ein statistisches Taschenbuch mit dem kompakten Wissen zu allen relevanten Daten des deutschen Nachkriegskapitalismus bis in die jüngste Gegenwart.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
mail: info@vsa-verlag.de



Joachim Bischoff/Bernhard Müller
Piketty kurz & kritisch
Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert
96 Seiten | € 9.00
ISBN 978-3-89965-646-6
Die Autoren stellen die Ergebnisse von Pikettys Studie zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert vor und unterziehen sie einer kritischen Bewertung.

Joachim Bischoff
Finanzgetriebener Kapitalismus
Entstehung – Krise –
Entwicklungstendenzen
Eine Flugschrift zur Einführung
176 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-599-5

www.vsa-verlag.de

VSA



Sozialismus

Kommentare & Analysen
Heft Nr. 5 – Mai 2015
Vorherige Hefte | Archiv
Aktuelle Dossiers
Veranstaltungen | Termine

Abonnement | Bestellung
Newsletter
Probeheft
ABB | Datenschutz

Sozialismus bei Facebook
 Sozialismus bei Twitter

vorortLINKS
Analysen | Artikel | Alternativen

SozialismusAktuell

www.sozialismus.de

Kontakt | Das Projekt | Service | Mediadaten | Links | Impressum | RSS

Aktuelle Kommentare & Kurzanalysen

15. Mai 2015 | Joachim Bischoff / Bernhard Müller: Konstruktive Opposition von links
Die linke Alternative in Bremen



Entgegen den Umfragen haben die WählerInnen in Bremen ein politisches Beben ausgelöst. Für die auf eine Fortführung der rot-grünen Koalition programmierten Parteien ist das Ergebnis eine politische Abfuhr, denn mit einer solchen Abstrafung haben weder SPD noch Grüne gerechnet. Und erneut ist die Zahl der NichtwählerInnen massiv gestiegen: In Bremen gingen 2015 nur noch 50,1% der Wahlberechtigten zur Wahl, 2007 waren es 57,5%. Mehr...

14. Mai 2015 | Joachim Bischoff / Bernhard Müller
Die Richtungsauseinandersetzungen in der AfD



Die Richtungsauseinandersetzungen in der »Alternative für Deutschland« (AfD) spitzen sich im Bundesvorstand und in den Landtagsfraktionen zu. Diese Entwicklung ist wenig überraschend. Jüngstes Beispiel: »Der Bundesvorstand hat ... mehrheitlich beschlossen, das Landesschiedsgericht in Thüringen zu ersuchen, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den

Suchen

erweiterte Suche



joachim bischoff/elisabeth gauthier/
bernhard müller
europas rechte
das Konzept des »modernisierten«
rechtspopulismus
eine Festschrift
132 Seiten | EUR 11,00
ISBN 978-3-89965-663-3



Alexander Müller
Rainer Rösser
Die rechten »Mut-Bürger«
Entstehung, Entwicklung,
Praxis & Perspektiven der
Alternativen in Deutschland

Die Sozialismus-Website im Netz: übersichtlich, aktuell!
Das erwartet die BesucherInnen:

- 👉 Kommentare zu aktuellen ökonomischen und politischen Ereignissen (wöchentliche Aktualisierung)
- 👉 Inhaltsverzeichnis des aktuellen Heftes & drei Leseproben eine Woche vor der Printausgabe
- 👉 News, Tipps & Termine
- 👉 Archiv aller Inhaltsverzeichnisse & Leseproben aller erschienenen Hefte seit 2000
- 👉 Jahresregister als pdf-Dateien
- 👉 Passende Neuerscheinungen bei **www.vsa-verlag.de**
- 👉 Links zu anderen linken Projekten

Was zeichnet die Industrieentwicklung global, in der EU und in Deutschland aus? Kann die »Zukunft der Industrie« einen Beitrag zur Lösung der Probleme der Globalökonomie und vor allem der Eurokrise leisten? Und welche wirtschaftspolitischen Weichenstellungen können aus der Sackgasse Austeritätspolitik herausführen?